

Bezugspreis:

Wochenblatt, 3.-M., monatlich 3.-M., frei ins Haus, oecum. zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.-M., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal, Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“, das feingedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengröße und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 14. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die neue Reichsverfassung in Kraft.

Das Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht die neue Verfassung, die damit in Kraft getreten ist. Der Reichspräsident hat den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Gustav Bauer, zum Reichskanzler ernannt.

Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung führt von jetzt an die Bezeichnung „Reichstag“.

Die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, der Staatenansicht, hat aufgehört zu bestehen. An seine Stelle ist der „Reichsrat“ getreten.

Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reichs und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind.

1. Die Eidesformel für die Reichsbeamten lautet:

„Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

2. Alle übrigen öffentlichen Beamten schwören:

„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung.“

3. Die Angehörigen der Wehrmacht leisten den Eid:

„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzlichen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.“

Das europäische Wirtschaftselend.

Eine Denkschrift Hoover's.

Amsterdam, 13. August. Laut „Telegraaf“ veröffentlicht „Times“ das Memorandum Hoover's über die Wirtschaftslage Europas. Hoover erklärt, eine Statistik habe ergeben, daß in Europa 15 Millionen Familien in der einen oder anderen Form Arbeitslosigkeit unterliegen, die hauptsächlich durch eine dauernde sinkende der Saluta bezahlt werde. Als Hauptursache des verminderten Erzeugungsvermögens bezeichnet Hoover die industrielle und kommerzielle Entartung während des Krieges. Unglücklicherweise ständen die Arbeiter auf dem Standpunkt, daß eine Verminderung der Kräfteanstrengung die Erwerbslosigkeit vermindere und ihre eigene Lage verbessern werde. Hoover verurteilt es, daß die Wlosabe nach dem Waffenstillstand fortgesetzt werde. Er erklärt, die Lage könne sich nur bessern, wenn man begreifen lerne, daß eine Steigerung der Erzeugung bringend notwendig ist. Die steigenden Preise seien nur ein äußerliches Kennzeichen für unangünstige Erzeugung.

Die Slowakei strebt eine Vereinigung mit Polen an.

Opava, 13. August. Der „Kurjer Gózzinab“ teilt mit, daß in der Slowakei Kreise der nationalen Unabhängigkeitspartei bestreben, sich an die Warschauer Regierung mit der Bitte zu wenden, sich der Slowakei anzuschließen. Eine beträchtliche Mehrheit des Volkes ist Anhängerin der nationalen Unabhängigkeitspartei, die nichts gemeinsames mit den Tschechen haben will und sich für Polen erklärt hat. Die Tschechen haben die ganze Sachlage falsch dargestellt, die ihrerseits den Tschechen zuviel Vertrauen schenkt. Sie haben während ihrer Okkupation fast das ganze Volksvermögen der Slowaken fortgeschleppt. In der Slowakei herrscht gegenwärtig große Erbitterung gegen die Tschechen. Bis jetzt haben 19 Komitee ihren Beitritt zur nationalen Unabhängigkeitspartei erklärt.

Die finanziellen Lasten in Polen.

Die Krakauer Zeitung „Nowa Reforma“ schreibt: Beim Eintritt in die neue Periode seines Lebens übernimmt Polen die Schulden der Teilungsmächte in Höhe von 30 Milliarden Mark.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Gestern vormittag fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung sämtlicher Behörden über die hiermit zusammenhängenden Fragen statt, insbesondere wurde die Beteiligung der einzelnen Ressorts an den verschiedenen Kommissionen festgelegt. Verhandelt wird über militärische und politisch-administrative Fragen, über Leitung der Rechtspflege, Schul- und Kirchenfragen, Wohlfahrtsanstaltungen, Sozialversicherung, Staatsdomänen, Fortsten, Ansiedlung, Rückgabe der Internierten und Kriegsgefangenen, Amnestie und Niederlegung von Strafverfahren, wirtschaftliche und Verkehrsfragen, sowie über die Regelung sämtlicher finanzieller Angelegenheiten, insbesondere auch die Auseinandersetzung bezüglich der Pensionslasten einschließlich der militärischen Pensionen.

Unsere Gefangenen.

Haag, 13. August. (G. R.) Aus London wird gemeldet: Im Unterhause erklärte Churchill, daß die britische Rheinarmee bis Ende Oktober auf den Stand von einer Brigade mit einem Fluggeschwader zurückgebracht werde. Er teilte weiter mit, daß die Heimendung der türkischen Kriegsgefangenen genehmigt sei, daß über die Zurücksendung der deutschen Kriegsgefangenen durch den Obersten alliierten Rat eine Entscheidung jedoch noch nicht getroffen sei. Am Ende seiner Rede wies Churchill noch auf die Tatsache hin, daß 1920 Großbritannien und Deutschland die einzigen großen Nationen sein werden, in denen es keine Dichtpflicht gibt.

Die Kabinettsbildung in Ungarn.

Ein Kabinett Lovaßzy-Andrássy?

Wien 13. August. (Z. R.) Wie aus Budapest gemeldet wird, ist die Bildung des ungarischen Koalitionsministeriums nach siebenstündiger Beratung heute in früher Morgenstunden gelungen. Die wichtigsten Posten des Kabinetts wurden folgendermaßen verteilt: Ministerpräsident - Martin Lovaßzy, Außenminister - Graf Julius Andrássy, Kriegsminister - Stefan Friedrich, Handelsminister - Graf Garami, Ackerbauminister - Stefan Szabó. Des weiteren gehören dem neuen Kabinett noch Julius Feidi als Wahlrechtsminister und Karl Huszar als Unterrichtsminister an. In der neuen Regierung sind die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten ziemlich gleichmäßig vertreten. Die Ernennung Stefan Szabos zum Ackerbauminister ist ein Zugeständnis an die kleinen Landwirte und Bauern, die Szagebauer Gegenregierung ist im neuen Kabinett nicht vertreten, weil die Sozialisten, vor allem Garami, die Zusammenarbeit mit den reaktionären Gruppen ablehnten. Ueberraschend kommt die Ernennung des Grafen Julius Andrássy zum Außenminister, ausschlaggebend für diese Wahl waren die Fachkenntnisse und guten politischen Beziehungen des Grafen.

Im Gegensatz zu diesen Nachrichten wird weiter aus Budapest gemeldet, daß die Regierungskrise in Ungarn anscheinend noch immer nicht gelöst ist, da sich wieder neue Schwierigkeiten ergeben haben. Martin Lovaßzy soll den Vorsitz in der Koalitionsregierung abgelehnt haben, weil die Zusammensetzung des Kabinetts nicht seinen Wünschen entspricht. Wie es heißt, soll nun der bisherige Ministerpräsident Stefan Friedrich mit der Lösung der Krise beschäftigt sein. Die Budapest-Berichte lauten teilweise so widersprüchlich, daß gegenwärtig die Entwicklung der Verhältnisse nicht ganz zu übersehen ist.

Keine Auslieferung Vela Runds.

Wien, 13. August. (Z. R.) In unterrichteten politischen Kreisen wird erklärt, daß die deutsch-österreichische Regierung die Auslieferung Vela Runds und der übrigen in Oesterreich internierten früheren ungarischen Volksbeauftragten ablehnt, da den Kommunistenführern Asylrecht in Oesterreich gewährt worden sei. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war der Umstand, daß die Behörden sich vorher mit den Ententemissionen in Verbindung setzten, die keinen Einspruch gegen das Asylrecht erhoben.

Ein englisches Weißbuch über die Lage in Deutschland.

Keine Bedrohung der Ruhe Europas.

Haag, 13. August. (G. R.) Aus London wird gemeldet: Die britische Regierung veröffentlicht in einem Weißbuch das Gutachten einer britischen Kommission, die die Lage in Deutschland geprüft hat. Die Kommission schlüßfolgert, daß es zwei Generationen dauern wird, bis das deutsche Volk seine frühere Tat- und Arbeitskraft wieder erlangt haben wird. Jedensfalls kann es auf längere Zeit keine Bedrohung für die Ruhe Europas bilden. Es braucht sofort Radrung für seine Arbeiter, Futter und Dünger für den Ackerbau, Rohmaterialien für die Industrie, aber wenn auch die Entente dieses zur Verfügung stellen kann, wird es noch Jahre dauern, ehe die frühere Wohlfahrt zurückgekehrt sein wird.

Streik der belgischen Verkehrsbeamten.

Die Angestellten der belgischen Verkehrsanlagen (Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon) haben den allgemeinen Ausstand beschlossen. Der Streikbeschluß wurde mit 7000 gegen 4000 Stimmen gefaßt. Es wird noch ein letzter Versuch gemacht werden, mit der Regierung eine Vereinbarung zu erzielen. Wenn dieser scheitert, ruht ab 17. August das gesamte belgische Verkehrswesen.

Der torpedierte Frieden.

Hindenburg gegen Bethmann.

Am 8. Oktober v. J. veröffentlichte der fortschrittliche Abgeordnete Prof. v. Schulse-Gövernitz in der „Voss. Zig.“ einen Artikel, in dem behauptet wurde, daß durch die Erklärung des unbeschränkten U-Bootskrieges am 31. Januar 1917 eine Friedensaktion des Präsidenten Wilson zum Scheitern gebracht worden sei. Der Aufsatz erregte in den damals noch leitenden Kreisen peinliches Aufsehen und gab, wie jetzt bekannt wird, dem Feldmarschall v. Hindenburg Gelegenheit, einen Brief an den Reichskanzler Prinzen Max zu richten, aus dem auf die Frage der Verantwortlichkeit für die verhängnisvolle Kriegspolitik des Februar 1917 ein entscheidendes Licht fällt. Der Brief Hindenburgs wird jetzt in der Scherl-Presse veröffentlicht und stellt eine so schwere Belastung des Herrn v. Bethmann Hollweg dar, daß man eine Entgegnung von ihm mit einiger Bestimmtheit erwarten muß. In seinem Brief, der vom 16. Oktober v. J. datiert ist, schreibt Hindenburg dem Prinzen Max in der Hauptsache folgendes: Die D. S.-L. habe (wie bereits bekannt) den unbeschränkten U-Bootskrieg gewünscht und diesen ihren Wunsch in einem Telegramm an das Auswärtige Amt vom 20. Dezember 1916 geltend gemacht. Bethmann habe die Entscheidung bis zum Abschluß der von ihm eingeleiteten Friedensaktion, des berühmten Angebots vom 12. Dezember, hinauszuschieben versucht und in einer Erklärung vom 24. Dezember seinen Standpunkt so kundgetan:

... daß der unbeschränkte U-Bootskrieg, da er sich nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtete, unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten eingreife, daher einen Akt der auswärtigen Politik darstelle, für den ich die alleinige und nicht übertragbare Verantwortung zu tragen habe.“

Hindenburg antwortete mit einem Telegramm, in dem er die alleinige Verantwortung des Kanzlers bestritt, denn die D. S.-L. trage die Verantwortung für den siegreichen Ausgang des Krieges und werde stets dafür eintreten, was sie für richtig halte. Durch die Veröffentlichung dieser Depeche gibt Hindenburg zu, daß die D. S.-L. den schwankenden Kanzler in den unbeschränkten U-Bootskrieg hineingetrieben hat.

Nun aber wird die Sache spannender. Es folgen Beratungen, in denen Bethmann die Verantwortung, die er zuvor allein zu tragen gewünscht hatte, suchte auf das Militär abzuschieben. Aus einer Besprechung in Vich am 9. Januar 1917 gibt Hindenburg folgende Aussprüche Bethmanns wieder:

„Der Entschluß zu dem Eintritt in den rätschichtslosen U-Bootskrieg ist also abhängig von der Wirkung, die wir erwarten können“... „Wenn aber die militärischen Stellen den U-Bootskrieg für notwendig halten, so bin ich nicht in der Lage, zu widersprechen“... „Wenn der Erfolg winkt, so müssen wir auch handeln.“

Auch damit wird schließlich nur schon Bekanntes bestätigt. Seit Beginn des Krieges, oder richtiger schon seit Javern wird die Politik Bethmanns charakterisiert durch einen staatsmännisch-verständesgemäßen Widerstand gegen den militärischen Wahnsinn und plötzliches Zusammenklappen vor dem Unwiderstehlichen. So war es immer, so war es auch beim U-Bootskrieg.

Hindenburg versichert, daß er aus dem Munde Bethmanns nie etwas von einer Friedensaktion Wilsons vernommen habe. Möglicher Weise hand Bethmann auf dem Standpunkt: „Politik geht das Militär nichts an.“ Dann dürfte er aber die Entscheidung nicht den Militärs überlassen, die von den politischen Vorgängen nichts wußten.

Trotzdem war Hindenburg natürlich nicht ohne Kenntnis dessen geblieben, was über den Großen Leich herüber und hinüber spielte. Seine Kenntnis ist vielmehr sehr ausgedehnt und, nachdem sie öffentlich ausgepackt worden ist, für die ganze Bethmann-Politik höchst kompromittierend. In seinem Brief an den Prinzen Max zitiert er eine Reihe diplomatischer Schriftstücke, in denen ein höchst peinliches und verhängnisvolles Schwanken der Reichsleitung in der Frage einer Friedensvermittlung Wilsons offenbar wird.

Am 23. September 1916 schlug Bethmann dem Kaiser vor, Botschafter Graf Bernstorff möge Wilson veranlassen, baldigst, jedenfalls noch vor seiner Wiederwahl, den Mächten einen Friedensantrag zu machen.

Später aber ändert sich das Bild vollständig. Nachdem Wilson seine Friedensnote erlassen hatte - mittlerweile war auch das direkte Angebot vom 12. Dezember erfolgt - gab am 29. Dezember ein Fernschreiben des Auswärtigen Amtes der deutschen Antwort folgenden für deutsche Antipathien bestimmten Kommentar mit:

Am einer Einmischung des Präsidenten Wilson in die Friedensverhandlungen vorzuziehen, haben wir uns zu einer Beantwortung seiner Note entschlossen, die im Sinne unserer Friedensaktion gehalten ist, aber klar zum Ausdruck bringt, daß wir mit unseren Gegnern direkt zu verhandeln wünschen.

Am 7. Januar 1917 erhielt dann Graf Bernstorff eine Weisung der Reichsleitung, die mit den Worten beginnt: Amerikanische Vermittlung für eigentliche Friedensverhandlungen ist wegen der öffentlichen Meinung unerwünscht. . . Die Frage der Mitteilung unserer Friedensbedingungen wollen Sie R. P. daher diplomatisch behandeln. Dagegen ermächtigte ich Sie, schon jetzt unsere Bereitwilligkeit der Mitwirkung an demjenigen Teile des Programms zu dokumentieren, für das sich der Präsident besonders interessiert (schiebsrichterliche Einrichtungen, Friedensliga).

Auch in der Stellung zur amerikanischen Friedensvermittlung ergibt sich also ein katastrophaler Umfall. Bismarck vor der alldeutsch-militaristischen Richtung. Erst sucht man Wilson als Friedensvermittler zu gewinnen, und dann, wenn es soweit ist, stößt man ihn vor den Kopf! Kann man sich da wundern, daß die deutsche Politik überall in den Ruf höchster Unheilbarkeit kam?

Das Verhängnis war im Zuge. Am 9. Januar Beschluß des unbeschränkten U-Bootskrieges. Am 16. Weisung an Bernstorff: „Wir sind entschlossen, das Risiko auf uns zu nehmen.“ Das Risiko auch des Krieges mit Amerika. Am 16. telegraphiert Bernstorff:

Wenn militärische Gründe nicht unbedingt ausschlaggebend sind, wäre Aufschub dringend erwünscht. Wilson glaubt Frieden erreichen zu können auf Grundlage der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen.

Es war zu spät! In der Politik entscheidet der Erfolg. Im Januar 1917 war Wilsons Vermittlung — nachdem sie im September 16 höchst erwünscht gewesen war. — „wegen der öffentlichen Meinung“, die in diesem Fall der Ungläubigkeits- und Selbsterreparatur, höchst unerwünscht. Im Oktober 1918 wurde sie wieder dringend erwünscht, diesmal von der Obersten Seeresleitung, die die alldeutsche Herbe gegen Amerika bis dahin eifrigst begünstigt hatte. Jetzt, nachdem man einen anderthalbjährigen Krieg mit Amerika geführt und verloren hatte, mit all den Vergiftungen der Volkstimmung, die sich ein Krieg zur Folge hat, jetzt richtet man wieder den Blick auf Wilson in der Hoffnung, er werde willens und imstande sein, einen gerechten Frieden zustande zu bringen. Das ist ihm nicht gelungen, und die Frage mag für diesmal unentschieden bleiben, wieweit das an seinem Willen, wieweit an seinem Können gelegen hat. Gerechterweise wird man jedoch zugeben müssen, daß die Schuld an dem Frieden, wie er schließlich zustande gekommen ist, nicht allein Wilson zuzuschreiben ist, sondern daß ein großer Teil von ihr auch der kopflosen Diktaturpolitik des kaiserlichen Deutschland zufällt.

Von Bethmann Hollweg aber kann man sagen, daß er fast immer das Richtige gedacht und schließlich doch das Falsche getan hat. Als eine Kassandra, die das Gefürchtete nahe sah, ging er mit unerbittlicher Strenge durch den Weltkrieg. Er wußte, daß alles, was die Festdruck-Politik tat, zum Untergang führte, in den entscheidenden Augenblicken aber drückte er die Augen zu und ließ sie wälzen. Alle vernünftige Politik blieb in schüchternen Anfängen stecken, der hemmungslose Kriegswahnsinn überdöhlte, erstickte, vergewaltigte alles. Das Verhängnis war nicht aufzuhalten.

Von Bethmann Hollweg aber kann man sagen, daß er fast immer das Richtige gedacht und schließlich doch das Falsche getan hat. Als eine Kassandra, die das Gefürchtete nahe sah, ging er mit unerbittlicher Strenge durch den Weltkrieg. Er wußte, daß alles, was die Festdruck-Politik tat, zum Untergang führte, in den entscheidenden Augenblicken aber drückte er die Augen zu und ließ sie wälzen. Alle vernünftige Politik blieb in schüchternen Anfängen stecken, der hemmungslose Kriegswahnsinn überdöhlte, erstickte, vergewaltigte alles. Das Verhängnis war nicht aufzuhalten.

Von Bethmann Hollweg aber kann man sagen, daß er fast immer das Richtige gedacht und schließlich doch das Falsche getan hat. Als eine Kassandra, die das Gefürchtete nahe sah, ging er mit unerbittlicher Strenge durch den Weltkrieg. Er wußte, daß alles, was die Festdruck-Politik tat, zum Untergang führte, in den entscheidenden Augenblicken aber drückte er die Augen zu und ließ sie wälzen. Alle vernünftige Politik blieb in schüchternen Anfängen stecken, der hemmungslose Kriegswahnsinn überdöhlte, erstickte, vergewaltigte alles. Das Verhängnis war nicht aufzuhalten.

Neue Anklagen gegen Michaelis.

Die Weimarer Enthaltungen über die Doppelzüngigkeit des Michaelis und die dadurch bewirkte Vereitelung der Friedensmöglichkeit im September 1917 hat die Kriegsverlängerer und Welteroberer aller Parteien und Lager schwer getroffen. Sie waren in den ersten Tagen niedergeschmettert. Nunmehr, daß unbeholfene Entschuldigungen oder Ablenkungsversuche versucht wurden.

Nach einer Woche der Ratlosigkeit versuchten die Alldeutschen es mit persönlichen Vorwürfen gegen Erzberger.

Man wollte durch diese Generalkonfession ablenken und zu gleicher Zeit die drohenden direkten Steuern vereiteln.

Als auch dieses Reflektieren ohne jeden Jagderfolg verlief, bejammerte sich die Kriegsverlängerer auf die Anrede, der Reichsministerpräsident habe nicht den ganzen Wortlaut des Michaelis'schen Briefes an Hindenburg zur Beurteilung gebracht, die weggelassenen Sätze, von denen Genosse Bauer sofort bemerkt hatte, daß sie für die sachliche Beurteilung wertlos seien, wüßten auf die Frage ein ganz anderes Licht. Natürlich ein dem Michaelis günstiges. Man ließ durchblicken, daß nur durch die Streichung der Einbrüche entstanden sei, daß Michaelis ein doppeltes Spiel mit seinen Erklärungen über Belgien getrieben habe. Um diese Anrede zu stützen, brachte Michaelis selbst seinen Brief im vollen Wortlaut in die Öffentlichkeit. Natürlich erklärte die alldeutschen Blätter, daß nunmehr die Sache in ein ganz anderes Licht gerückt sei. Es fehlte nicht der Hinweis, daß der Reichsministerpräsident aus Berechnung die betreffenden Stellen weggelassen habe.

Dieser Verdächtigung tritt jetzt Genosse Bauer mit einem Schreiben an Michaelis entgegen. Der Brief lautet:

„Gen. Erzberger erwiderte ich auf das Schreiben vom 9. August folgenden:

In Verantwortung Ihres Erlausens, die in der Nationalversammlung nicht mit verlesenen Schlüsseln Ihres Schreibens an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben, hatte ich zunächst den Grund angeführt, warum die Schlüsselsätze nicht mit verlesen worden waren — nämlich, weil sie für belanglos gehalten wurden — gleichzeitig aber gebeten, falls Sie auf eine sofortige Veröffentlichung, und zwar auch trotz der bereits von der Nationalversammlung beschlossenen Veröffentlichung des vollen Wortlautes Wert legen wollten, mich zwecks Veranlassung des Erforderlichen verständigen zu wollen. Dies bedeutet in der Ihnen vertrauten Antisprache die rechtlose Bereitwilligkeit zur Veröffentlichung.

In der von Ihnen der Presse gegebenen Erklärung heißt es dagegen — ich darf wörtlich zitieren —: „Er (der Ministerpräsident) hat . . . sich bereit erklärt, wenn ich die sofortige Veröffentlichung wünschte, mich mit ihm verständigen zu wollen.“ Hier wird also, soweit die sprachlich nicht klare Fassung eine Deutung zuläßt, im Gegensatz zu meiner rechtlosen Bereitwilligkeit eine noch malige Verhängung über die Veröffentlichung vorausgesetzt. Ich lege Wert darauf, dies klarzustellen, weil eine unzutreffende Wiedergabe meines Schreibens den Eindruck erwecken könnte, als wenn ich der Veröffentlichung irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte.

Sie haben dann diese meine Bereitwilligkeit mit der sofortigen Veröffentlichung Ihrerseits beantwortet unter der halbfloßen Begründung, Sie hätten nicht erwarten können, daß ich meine Meinung ändere.

Welche Meinung? Bezüglich der Veröffentlichung war keine Änderung notwendig, weil ich mich mit ihr einverstanden erklärt hatte, eine weitere Unklarheit, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Meine Meinung über die Belanglosigkeit der Schlüsselsätze Ihres Briefes habe ich allerdings nicht geändert. Jeder, der Ihren Brief an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg anbehangen liest, wird mir zugestehen müssen, daß die fraglichen Schlüsselsätze für die Beurteilung des wesentlichen Inhaltes des Briefes ohne Bedeutung waren. Der springende Punkt war doch, warum die damalige Regierung keine entsprechende Erklärung über Belgien abgab, das heißt eine Erklärung, derzufolge Deutschland bereit war, Belgien bedingungslos aufzugeben. Gerade durch den Schlüsselsatz „Wenn wir auf obiger Grundlage . . . der Welt den Frieden verschaffen könnten“, verweisen Sie nochmals auf Ihr durch Bedingungen wertlos gemachtes Programm. Denn in der obigen Grundlage waren eben die Forderungen inbegriffen, welche die nach Lage der Umstände erforderliche klare Erklärung bezüglich Belgiens unmöglich machten.

In der Ihnen nachstehenden Presse wird nun auf Grund Ihrer letzten Erklärung der Versuch gemacht, den Sinn Ihrer Worte dahin umzudeuten, daß Sie mit dem „noch so wertvollen Stützpunkt“, um dessen Willen nicht einem Moment länger Krieg geführt werden sollte, Lüttich verstanden hätten. Mit dieser Verschiebung wird sie wenig Glück haben. Sie wollten „auf obiger Grundlage“ Frieden schließen. Dazu gehört aber in erster Linie die Forderung von Lüttich und eines Sicherheitsgeländes. Der „noch so wertvolle Stützpunkt“ ist nichts anderes als die flandrische Küste, um welche damals in der Öffentlichkeit und im Kronrat heftig gekämpft worden war und deren Besitz eben mit der Annexion praktisch gleichbedeutend war.

Daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg in Kenntnis der Vorgänge den Sinn der Wendung von dem „noch so wertvollen Stützpunkt“ sofort ebenso verstand, geht ja aus seiner Antwort hervor, in der er schreibt: „Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden werden wird, der nur dann gemildert werden wird, wenn die auch von Gen. Erzberger der Marine zuerkannten Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in- und außerhalb unseres Kolonialreiches.“

Die erwähnten „Kompensationen“ sind ein weiterer Beweis für den Mangel an Verständnis für die politische Lage in der damaligen Regierung und für die Reichhaltigkeit des Annexionsprogramms, an dem jede Friedensmöglichkeit während Ihrer Amtszeit scheitern mußte und gescheitert ist.

Gen. Erzberger sehr ergebener Bauer.

Dieser Brief des Genossen Bauer verlegt den Schuldigen den letzten Schlupfwinkel. Wesentlich und in den parlamentarischen Kommissionen stellen sie sich, wie wenn die Friedensmöglichkeit an ihrem belgischen Programm nicht zu scheitern brauchte; wenn sie unter sich sind oder Briefe wechseln, verharren sie bei einem weiten Annexionswillen, den Michaelis sogar noch auf die flandrische Küste ausdehnt, während Hindenburg der schweren Schlag dieses Verzichts nur dann ertragen kann, wenn Lüttich mit Sicherungsgelände zu Deutschland geschlagen wird.

Die Doppelzüngigkeit des schuldigen Michaelis ist abermals schlüssig belegt.

In derselben Richtung mit demselben Erfolg bewegt sich eine Erklärung des Professors F. W. Förster,

die uns telegraphisch aus Bern zugeht. Wir lassen sie hier folgen:

Als Deutscher, der 1917 im neutralen Ausland viel Gelegenheit zu authentischer Information über Friedensmöglichkeiten hatte, bemerke ich zu den Erklärungen des Herrn Michaelis folgendes:

Erstens: Warum wurde nur die Freigabe, nicht aber die Wiederherstellung Belgiens zugesagt, die der Entente genau so wichtig war wie die Freigabe?

Zweitens: Falls der kaiserliche Vorbehalt betreffend die Befristung des Zugeständnisses ebenfalls weitergeleitet wurde, so gab es keine Möglichkeit zum Frieden, da die Gegner mit Recht darauf bestanden, daß die Wiedergutmachung einer Schuld keine Befristung vertrage und auch kein Handelsobjekt sein dürfe.

Drittens: Warum wurde nicht wenigstens der Entschluß zur Freigabe Belgiens öffentlich ausgesprochen statt der immer wiederholten Allgemeinheiten und Zweibeutigkeiten, durch die eine bestimmte wirtschaftliche, politische oder militärische Abhängigkeit Belgiens Hindernis ausgesprochen wurde?

Ganz zweifellos hat dieses Schweigen und diese Halbheit die damals sehr zum Frieden geneigte öffentliche Meinung des Westens völlig in die Irre geleitet und dadurch die Abkündigung von Verhandlungen entscheidend verhindert. Lord Lansdowne sagte damals: „Das deutsche Volk wird in Bezug auf die Motive belogen, aus denen wir den Krieg fortsetzen müssen.“ Diese Worte durfte die deutsche Presse damals nicht veröffentlichen. Vielleicht helfen sie jetzt dem deutschen Volke, zu erkennen, wo die wahren Schuldigen der Kriegsverlängerung zu suchen sind.

Geschichtswissenschaftl. F. W. Förster.

Das deutsche Volk hat dies seit den Weimarer Enthaltungen klar erkannt. Es kennt das Motiv, weshalb die Freigabe Belgiens nicht öffentlich ausgesprochen wurde: weil die damaligen Machthaber, Michaelis an der Spitze, von der Annexion belgischen Gebietes nicht lassen wollten. Das deutsche Volk weiß jetzt, daß Lansdowne Recht hatte mit seiner Behauptung, die Deutschen würden über die Motive belogen, aus denen heraus England den Krieg fortsetzen müsse.

Das deutsche Volk weiß das jetzt und weiß daher, daß Michaelis und die Seinen reif sind für den Staatsgerichtshof.

Im übrigen ist über die deutsche Kriegspolitik vor den 99 Tagen des Michaelis einiges im heutigen Leitartikel in Anknüpfung an einen Brief Hindenburgs an Max von Baden zu finden. Die dortige Darlegung ergänzt das Bild, das uns der Verbrecher Michaelis bietet.

dann wird von selbst sich die Regierung so gestalten, wie wir wollen!

Nicht vom oben herab diktiert, von unten sorgsam aufgebaut soll unser Staat werden.

Laßt uns zum Werk schreiten! Sanius!

Heideblüte.

Und Handver schreibt man uns: Die Heide blüht! Diese frohe Botschaft lockt jetzt wieder Tausende von Naturfreunden in die Heide der Lüneburger Heide. Die kleinen Blüten der calluna haben sich wieder in ihrer vollen Pracht erschlossen, und ein rötlich-blau-schimmerndes Blütenmeer breitet sich unter der Augustsonne aus. Leider ist diese Augustsonne heuer recht zurückhaltend mit ihrem Glanz und ihren Freuden, und das beeinträchtigt den holden Blütenzauber auf stiller Heideflur umgeben; denn nicht bedarf die sonst so anspruchsvolle Heideblume mehr als Sonnenschein und abermals Sonnenschein, wenn sie ihren Blütenregen ganz ergießen soll über die norddeutsche Landschaft. Trockenheit und mancherlei Rückschläge in diesem Mai haben der empfindlichen Pflanze nicht unbedeutend geschadet. Die Regenfälle, die dann einsetzten und bis in den Juli hinein sehr ergiebig anhielten, beeinflussten den Wuchs des Strauches allerdings sehr zu seinem Vorteil, jetzt aber leidet er nach Sonne, nach sommerlicher Wärme, nach blauem Himmel.

Wir kennen ja die Bilder, die uns unglückliche Maler von der blühenden Heideblüthe vor Augen führten: die rosige Blütenflut, durchzogen von einsamen, heidensüchtigen Heidewegen mit seinen leuchtenden Birken, im Hintergrund der graugrünen Waldesrand, die Herde von Heidschmuden samt ihrem Hirten zur stillen, alten Heideblüte ziehend, und über dem Ganzen die Wölbung des klarblauen Himmels mit darauf verstreuten weißen Schäfchenwolken! So leben in unserer Seele die schönen Heidebilder fort, aber in Wahrheit, d. h. in der Wirklichkeit, findet man sie immer seltener. Die großen, mit ihrer eigenartigen Naturstimmung den sinnigen Volkshäuser tief ergreifenden Heidegebiete werden immer seltener, sie schrumpfen bei der modernen Kultur des Bodens, bei der immer weiter um sich greifenden, die Heide freisetzenden Arbeit des Dampftrages in immer kleiner werdende Teile zusammen. Der praktische Volkswirt hat Mooren und Heiden den Vernichtungskrieg erklärt. Kolonisieren, Reichen, Bauern ansiedeln ist jetzt die Lösung. Der Weltkrieg hat diesen Vernichtungsprozeß, davon so mancher wunderliche Heide- und Moorlandschaft im Nordwesten Deutschlands betroffen wird, nur noch beschleunigt. Der Mensch, der leben will, muß — leider — manchen stillen Winkel der Natur in seiner urwüchsigen Schönheit zerstören und an deren Stelle die nächsten Reihen von Aedern und Feldern legen. Selbst das Heidekraut an sich mußte, zumal während der Kriegszeit, wirtschaftlichen Zwecken dienen: es wurde vielfach gemäht und zu Futterzwecken als Heidemehl verarbeitet oder, da es

an Stroh gebracht, mehr als sonst noch zu Streuzwecken in Viehställen verwendet.

Und doch: so ganz ohne Heide sind wir ja glücklicherweise immer noch nicht, denn das Lüneburger Heidegebiet, samt den benachbarten Gebieten im Stader und Donabrücker Bezirk und im Oldenburger Lande, ist schließlich doch zu groß, als daß es in ein paar Jahrzehnten völlig umgewandelt werden könnte. Der Heidewanderer und echte Naturfreund wird immer noch, je weiter er sich von großen und kleineren menschlichen Siedlungen entfernt, seinen stillen, unberührten Heidegarten finden, wo er das Walten der Natur in edelster Stimmung erschauen und erleben kann. Und wo zu haben wir denn auch unser großes Refektorium, den Natur-Schuppen von Bilsede? Dort ist ja das Schönste von allem, was die Heide bieten kann, gerettet und vor dem Verschwinden bewahrt erhalten. Wer also jetzt, nach fünf Kriegsjahren seine Schritte in das Bilseder Heidegebiet lenkt, wird all die Freuden und Schönheiten einer reinen Heideblüthe in stiller, sonniger Ergriffenheit von neuem genießen und die Schönheit unseres deutschen Erde preisen.

H. W.

Notizen.

— Eine Landwirtschaftsschule für Industrie- und Arbeiterinnen. Die erste Landwirtschaftsschule für Industrie- und Arbeiterinnen ist durch das Zusammenarbeiten des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisation in Weimar, der Volkshochschule Thüringen und des Weimarer Staates in Wolfstedt bei Weimar entstanden. Es werden zweimonatige Lehrgänge zunächst für erwerbslose Mädchen und Frauen gehalten, wodurch diesen der Uebergang in die Landwirtschaft erleichtert werden soll. Zugleich soll der Kursleiter die SchülerInnen so genau kennen lernen, um jede einzelne nach Schluß des Lehrganges in geeignete Stellen empfehlen zu können. Man hofft, daß sich daraus eine dauernde Siedlerschule und eine ländliche Volkshochschule entwickelt.

Der „Wohltäter“. Man hat ausgerechnet: Carnegie hat etwa 1900 Wohltäten und ebensovielen Bibliotheksgebäude errichtet, 4000 Kirchenorgeln gespendet, etwa 600 Millionen Spenden für gemeinnützige Bauten, für Universitäten und Forschungsinstitute gemacht. Hat den sog. Geldensfund zur Belohnung heidenschaftlicher Taten mit 40 Millionen Mark gegeben, für das Carnegie-Institut in Washington 100 Millionen Mark, für die Universitäten der Vereinigten Staaten und Kanada etwa 80 Millionen Mark, für die schottischen Universitäten 40 Millionen und für die englischen 30 Millionen Mark. Das Carnegie-Institut in Pittsburg errichtete er mit einem Kapital von 100 Millionen Mark, gegen 80 Millionen Mark hat er für das Unterrichtsweesen der Vereinigten Staaten gespendet. Für seine Bibliotheksgründungen wendete er mehr als 200 Millionen Mark auf und für die Friedensbewegung, der er den Friedenspalast im Haag erbaut, hat er gegen 80 Millionen Mark gegeben. Insgesamt hat er über eine Milliarde Mark gespendet — Rechnung, den er den Stahlarbeitern ausgepumpt oder sonst erbenntet hatte. Die „Wohltät“ war eine neue Kette.

Nicht allein!

Wir leben in einer jugendlichen, himmelsstürmenden Zeit. Wir — das sind die 40 Proz. Sozialisten. Wir fühlen uns kräftig genug, mit Riesenschritten das Unkraut der Verdummung, das taube Kraut, das bis jetzt auf unseren Aedern gestanden, zu mähen, neue, unsere, Saat zu säen.

Wir! Ja — und die anderen? Genossen, vergesst wir sie nicht; denken wir daran, daß noch 60 Proz. des deutschen Volkes nicht zu uns gezählt werden dürfen, daß in 60 Proz. der Seelen die Gedankenketten der alten Welt fest eingeschnitten sind.

Nicht mit rauher Hand können wir ihnen diese Gedanken aus den Seelen reißen; Bunden würden wir ihnen schlagen, in denen Blut und Haß schwären würden, die sie stets erinnern würden, daß wir ihnen etwas geraubt haben.

Das wollen wir nicht, einwirken wollen wir auf sie, sie belehren, bis sie selbst, erwachend, sich als die Unseren bekennen.

Aber noch sind sie es nicht, und sie sind die, die noch vor dem 9. November in Staat und Gesellschaft allein tonangebend waren. Unmöglich ist es, sie in acht Monaten aus allen für die Entwicklung des Volkes wichtigen Stellungen zu entfernen; wir dürfen es auch nicht, wollen wir nicht eine unzufriedene, rachbrütende Bürgerschaft in unserem neuen Staat erschaffen.

Wie wir, noch mehr, müssen unsere Genossen in der Regierung mit ihnen rechnen, gehören sie doch alle zum deutschen Volk. Sie werden ihnen Jugeständnisse machen müssen.

Ist es nicht unsinnig, die Regierung deswegen angzugreifen? Wir haben bessere, wirksamere Arbeit zu leisten. Sie kann und nur die Freiheit schaffen, unsere Ueberzeugung zu haben und weiter zu verbreiten. Die Gewinnung des ganzen Volkes für unsere Reichen ist unsere Aufgabe.

Nur so können wir den Staat immer mehr nach unseren Wünschen bannen, indem wir die bisher Abseitsstehenden zu Jüngern unserer Sache machen.

Jeder neue Anhänger unserer Weltanschauung ist ein Baustein für den rein sozialistischen Staatsbau!

Darum rüft an die Arbeit! Sie ist langsamer, mühsamer, als ein schneller Ueberfall, ein heimtückischer Kampf, aber sie erzeugt auch keinen Besessenen, Rachgeföhnten, sie bringt Erwachende, Genesende zu uns.

Wir stehen nicht allein, 60 Proz. unserer Volksgenossen stehen noch abseits unserer Wege. Föhren wir sie in unsere Reihen.

Der Generalstreik der Kaliarbeiter.

Von Max Seydewitz-Halle.

Am Montag, den 11. August, wurde in Halle ein todesborenes Kind eingetragt. Die von der revolutionären Verhandlungskommission einberufene dritte Reichskonferenz der Kaliarbeiter Deutschlands beschloß nach sehr stürmischen Auseinandersetzungen, in denen den frivolen, geschäftlichen Streikmachern manche derben Wahrheiten gesagt wurden, den aussichtslosen „Generalstreik“ abzugeben und sofort bedingungslos zur Arbeit zurückzukehren. Bis zum letzten Augenblick posante nach dem Muster der einstigen Obersten Meeresleitung die unabhängige Presse „Siege“ in die Welt, berichtete den aufstrebenden Gläubigen von dem guten Stande und dem steten Weiterumschreiten des Streiks. Erst zur selben Stunde als der Streikabbruch beschlossen wurde, schrieb das unabhängige „Volkblatt“ in Halle, daß alle die Meldungen der rechtssozialistischen Presse von dem Mißerfolg der Kalistreibaktion gemeiner Schwindel seien. Aber nur zu schnell waren nach dem nicht mehr aufhaltenden Zusammenbruch des Streiks die wirklichen „Generalstreikschwindler“, die alltäglich von den 60 Prozent der durch den Streik stillgelegten Kaliverte berichteten, entlarvt.

Keiner von den vielen Streiks, die seit der Revolution einander folgten, ist so frivol von streifen Personen dem Jaune gebrochen worden, wie dieser „Generalstreik der Kaliarbeiter“. In einem aufblühenden Flugblatt hat die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes das verbrecherische Treiben Dr. Peters und Genossen gebührend an den Pranger gestellt und den Kaliarbeitern nicht ohne Wirkung die Augen über diese Art „Führer“, die sich dem, der ihnen das meiste zahlt, verlaufen, geöffnet. Lüge, Verleumdung und unglaublicher Terror haben bei der Geburt dieses widerstimmigsten aller „Generalstreiks“ Gebombendienst geleistet, mit den gleichen Mitteln und geradezu verbrecherischer Großsprecherei hat man den aussichtslosen Kampf aufrechterhalten wollen, bis eben trotz all der glänzenden „Sieges-Bulletins“ die Bewegung in dem Wust von Lügen erstickte.

Ende Juli wurde mit Wirkung vom 1. Juli ab ein Tarif im Kaliberbau abgeschlossen, der den Arbeitern zum ersten Male eine tarifgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse brachte. Der Tarif, der von den Kaliumunternehmern einerseits, dem Bergarbeiterverband und einer von den Betriebsräten gewählten Kommission andererseits abgeschlossen wurde, brachte eine den Unternehmern nach langwierigen Verhandlungen und hohem Kampfe abgerungene Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse im Kaliberbau und wurde überall in den Vorgesellschaftsversammlungen der Kaliarbeiter angenommen, so daß zu jener Zeit die drohende Streikgefahr in der Kaliumindustrie als behoben gelten konnte.

Aber man hatte die Rechnung ohne die irgendwo eingesehten „Verhandlungskommission“ gemacht, die doch auch verhandeln wollte und darum ein Forderungsbüchlein präsentierte, das jedes harmlose Herz erschauern mußte. Da man unbedingt wieder mal eine „Aktion“ haben mußte, so stellte man unerfüllbare Forderungen und proklamierte den „Generalstreik“. Erst gebieterisch und drohend, dann aber schon ein wenig kleinlaut, beschiedener wurde die Regierung angerufen, zulezt inbrünstig angefleht, ja zu „verhandeln“ und den Berufs-Streikregister einen „Erfolg“ zu verschaffen. Doch die Regierung erkannte die Sachlage richtig und lehnte es unter den gegebenen Umständen ab. Die Regierung hat den Peters und Genossen gegenüber vollkommen richtig gehandelt und hätte unter anderen Umständen, wenn nicht soeben erst ein Tarif von der Arbeiterschaft abgeschlossen worden wäre und die wahren Vertreter der Arbeiterschaft zwecks Verhandlungen zu ihr gekommen wären, ohne jeden Zweifel verhandelt.

Selten ist wohl frivoler an den Arbeiterinteressen gesündigt worden wie mit diesem sinnlosen, vom Jaune gebrochenen Streik. Niemand, der nur ein ganz klein wenig die gegenwärtigen Verhältnisse in der Kaliumindustrie kennt, hat an einen Erfolg dieses Streiks glauben können, es mußte auch unter wesentlich günstigeren Verhältnissen eine verlorene Schlacht werden. Und das ist das gewaltige Verbrechen an der Idee der Arbeiterschaft, daß man sie in einen nutzlosen, aussichtslosen Kampf hefte. Jeder Gewerkschaftler weiß, was ein verlorener Streik bedeutet, wie er der Sache der Arbeiterschaft und dem sozialistischen Gedanken schadet, und wer Streiks nur um des Streikes willen inszeniert, ist nicht allein ein Verbrecher am Volke, er veründigt sich vor allem an der Arbeiterschaft und am Sozialismus.

Die Stimmung unter dem Teil der Arbeiterschaft, der streifen mußte, ist nach der Niederlage natürlich eine gedrückte und lehrt sich im grimmigen Horne gegen die unverantwortlichen Streikheher, die grundlos und zwecklos sowohl Leid und Unheil über Tausende von Arbeiterfamilien gebracht haben. Ein Gutes hat aber dieser Kampf doch gebracht, er hat wiederum einem Teil der Arbeiter die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, wo ihre wahren Freunde sitzen. Instinktiv wendet sich der vernünftige Arbeiter von denen ab, die den Mund nicht voll genug nehmen können.

So ist denn der mit großem Theaterdonner in Szene gesetzte „Generalstreik“, der sich gegen den Bergarbeiterverband und die Regierung und nur nebenbei gegen die außerhalb der Schutzlinie stehenden Unternehmer richtete, flüchtig zu Ende gegangen. Aber auch der angeführte Sympathiestreik der Braunkohlenbergarbeiter ist schon vor der Geburt gestorben.

Um die nächste Niedertage, die der Ausgang dieses Streiks für die kommunistisch-unabhängigen Drahtzieher bedeutet, zu bedenken, wurde eine flüchtige Kundgebung in Halle, die ganz den heulischen Geist der „Streikheher“ atmet, losgelassen. In der Konferenz, die den Streikabbruch beschloß, ließ man außerdem ein jämmerliches Verlegenheitsprodukt von „Resolution“ beschließen, in der in wüster Weise auf die Regierung und die Gewerkschaftsführer geschimpft wird. Es muß ja auch schließlich für jede Dummheit ein Sündenbock gefunden werden, bei der unabhängigen Wahrheitssuche fällt das nicht allzu schwer. Jedoch gerade bei diesem „Generalstreik“ sprechen die Tatsachen eine zu wichtige Sprache und der Teil der Arbeiterschaft, der den verantwortungsvollen Gesellen beim nächsten Male auf den Leim kriechen wird, wird ganz bestimmt noch weit geringer sein als dieses Mal.

Den Unternehmern im Kaliberbau ist dank der kurzfristigen Strategie verantwortungsloser ein billiger Sieg geworden, sie werden versuchen, ihn weiblich auszunutzen und mit Maßregelungen gegen die Arbeiterschaft vorzugehen.

Gegen den Eisenbahnerstreik.

Eine Versammlung des Lokomotivführerverbandes in Rattow, an der über 600 Mitglieder sowie die Vorsitzenden des Reichs- und Landesverbandes der Lokomotivführer teilnahmen, beurteilte auf das entscheidendste die Bestrebungen auf Bildung eines mitteldeutschen Blockes zur Vorbereitung eines Streiks. Die Versammelten lehnten die Teilnahme an diesen Maßnahmen energisch ab und versicherten, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Betriebes einzutreten zu wollen.

Im Volkshaus in Göttingen tagte eine Versammlung des Reichs- und Landesverbandes der Lokomotivführer, an der zahlreiche Mitglieder einer großen Reihe preussischer und sächsischer Ortsgruppen der Verbände teilnahmen. Das Vorgehen einzelner Erfurter Beamtenkreise zur Schaffung einer Streikorganisation wurde scharf geurteilt. Die Versammlung wies eine Beteiligung an diesen Bestrebungen weit von sich und forderte die Organisationen auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung des Betriebes einzutreten, um jede Störung des Wirtschaftslbens zu verhindern.

Heraus mit unseren Kriegsgefangenen!

Sonntag, 17. August, vorm. 10 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr.:
Große Versammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D.
mit der Tagesordnung:

„Freigabe unserer Kriegsgefangenen.“

Die Arbeitszeit im Bergbau. Beginn der öffentlichen Beratungen.

Heute fand im städtischen Saalbau in Offen die erste öffentliche Sitzung des Ausschusses zur Prüfung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau im Ruhrgebiet statt.

Professor Franke eröffnete die Verhandlungen mit einem Appell an die Presse, der Öffentlichkeit ein vollkommenes Bild der gesamten Besprechungen zu geben.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministers schilderte die Gefahren, die die Kohlenwelt sowohl für die Gesamtheit als auch für den einzelnen mit sich bringe. Vorsichtsmahregeln seien zu treffen, um die Kohlenproduktion zu steigern. Dann gab er einen Überblick über die weitgehenden Befugnisse der Mitglieder der Kommission, die das Recht haben, Vernehmungen, Befragungen und Ueberprüfungen vorzunehmen. Abschluß wurden Referate gehalten.

Vergessener v. Löwenstein gab einen wirtschaftlichen Überblick über die Entwicklung der Arbeitszeit im Bergbau. Ein Vertreter der Arbeitnehmer zog einen Vergleich mit dem Auslande und schilderte die Bergbauverhältnisse in England. Hieraus verlas Professor Franke das Arbeitsprogramm. Heute nachmittag beginnen die ersten Besichtigungen der Gruben.

Neue Putschvorbereitungen in der Pfalz.

Mannheim, 13. August. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ hört, mehren sich die Anzeichen, daß die Pfalz unmittelbar vor einem Putsch steht. Der bekannte Spartakist und Jugendhaussträfling Eggersdorf-Ahrens wird von der französischen Behörde zum Loschlagen ermuntert. Ein französischer Wagenpark und Waffen sind dem Landauer Putschisten zur Verfügung gestellt worden. Eggersdorf und Haas gehen nun aufs Ganze und beabsichtigen, an einem der nächsten Tage sämtliche Regierungsstellen und Bezirksämter zu besetzen. Wir hoffen, schreibt das Blatt, daß die reichstreuen Pfälzer auf der Hut sind und den „Grünbernen der Republik“ entsprechend aufwarten.

München, 13. August. Die Correspondenz Hoffmann meldet amtlich: Für den Reichstag, den bisherigen Staatsanwält, sind vom Ministerrat folgende Minister als ordentliche Mitglieder für Bayern bestimmt worden: Hohmann, Endres, Dr. Müller, Speck, Seig, Frauendorf und Hamm, als Stellvertreter Freyberg.

Deutsch-Oesterreichs Entscheidung.

Der schwere Tag der Friedensentscheidung nähert sich für unsere deutschen Brüder in Oesterreich. Heute, Donnerstag, Mittag 12 Uhr, soll der nach der österreichischen Mitbestimmung von den Alliierten abgeänderte Friedensvertrag dem österreichischen Staatskanzler Dr. Renner in Paris überreicht werden. Renner wird damit sofort nach Wien reisen, um ihn der Regierung zu überbringen und sich mit ihr zu beraten. Bis zum 19. August muß die österreichische Regierung sich für Annahme oder Ablehnung entschieden haben.

Die Wahl ist schwer, so schwer, wie sie für Deutschland gewesen ist. Die Unterscheidung bedeutet die Erdrosselung und die Verweigerung der Unterschrift bedeutet ebenso den Ruin.

In Deutsch-Oesterreich lebt die Befürchtung, daß sich die Alliierten durch die eindringlichen Warnungen, Mahnungen und Bitten der österreichischen Regierung nicht zu einer umfangreichen Milderung der Friedensbedingungen haben bestimmen lassen. Wenn steht insolge dessen unter einer sehr starken Depression. Allgemein in der Öffentlichkeit werden die Bedingungen, wenn sie nicht grundstürzend geändert werden, als ganz unerfüllbar angesehen. Dennoch wird bei der verzwweifelt Kollage Deutsch-Oesterreichs damit zu rechnen sein, daß man sich fatalistisch in das zugeordnete Schicksal fügen, unterzeichnet und auf eine Veränderung durch künftig kommende Ereignisse hofft.

Wien, 13. August. Wie verlautet, haben die Alliierten die Anerkennung Oesterreichs als selbständige Republik ausgesprochen.

Der erledigte Bebel.

Der 13. August ist Bebels Todestag und Karl Liebknechts Geburtstag. Von diesen beiden Erinnerungstagen erwähnt die „Freiheit“ nur, daß Karl Liebknecht am Mittwoch 48 Jahre alt geworden wäre. Von Bebels Todestag nimmt sie keine Notiz. Mit vollem Recht. Denn dieser alte August Bebel ist niemals Anhänger der Rätediktatur gewesen, wird also in den Augen der „Freiheit“ als Konterrevolutionär gelten. Warum seinem Andenken also noch huldiven? Das könnte die unabhängigen Proletarier nur auf falsche Wege führen.

Spiegelberg, ich kenne dich!

Die „Freiheit“, das Organ derer, die die Angehörigen der Reichswehr boykottiert und gehäht hat, entdeckt mit einem Male ihr gutes Herz für die Reichswehrangehörigen, die infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages, unsere Truppenmacht zu verringern, entlassen werden müssen.

Die „Freiheit“ konnte sich bisher nicht genug darin tun, gegen die „unheimlichen Brotesseur“ bei der Reichswehr zu hetzen und ihre Ueberführung in das Wirtschaftslieben zu fordern. Sie beschimpfte die Führung und das Offizierkorps, weil sie nicht für die Mannschaften sorgten, und ging darin Hand in Hand mit den Kommunisten, die die angeblich mangelhafte Fürsorge für die Reichswehrangehörigen durch Regierung und Vorgesetzte zum Gegenstand einer heftigen Flugblattpropaganda und Verhetzung der Truppen benutzten. Jetzt, wo von militärischer Seite praktische Ausführungen der Arbeitsvermittlungswünsche in Angriff genommen werden, wo es gilt, die Fürsorge für die Mannschaften zu unterstützen, macht die „Freiheit“ gerade dies zum Gegenstand neuer Angriffe. Es zeigt sich eben wieder einmal, daß der „Freiheit“ in Wahrheit nicht an einer Besserung der Verhältnisse, sondern nur an der Verheerung der öffentlichen Meinung gelegen ist.

Gefährdung der Volksernährung.

Von zuständiger Stelle wird ausgeschrieben:

Unter dieser Ueberschrift ist am 5. August d. Js. in der Nr. 895 des „Vorwärts“ die Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums kritisiert worden. Dabei wurde zum Teil von Voraussetzungen ausgegangen, die in dem Inhalt der Denkschrift keine Stütze finden. Diese hat nicht den freien Handel ganz allgemein verlangt, sie ist vielmehr zunächst nur für den freien Verkehr eines Teils der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für die Befreiung der landwirtschaftlichen Hilfsmittel eingetreten. Daß es nicht möglich ist, bei der gebundenen Wirtschaft eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Kleibern, Schafen und eine bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Hilfsstoffen zu erreichen, kann heute kaum mehr ernstlich bestritten werden. Völliglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde in der Denkschrift betont, daß die Bewirtschaftung von Brotgetreide und Fleisch beibehalten, daß aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Schweinehaltung die Gerste ebenso behandelt werden sollte, wie der Hafer, das heißt bei diesen Sommergetreidearten sollte der für die öffentliche Hand unentbehrliche Anteil durch Landlieferung aufgebracht, der Rest aber freigegeben werden. Wenn das beim Hafer möglich ist, warum sollte sich dann das Verfahren nicht auch für die Gerste durchführen lassen? Die Frage der Freigabe der Kartoffeln sollte nach der Denkschrift in erstinständiger Erwägung gezogen werden und zwar deshalb, weil die Erfahrungen der Kriegsjahre zur Genüge erwiesen haben, daß sich dieses Produkt für die öffentliche Bewirtschaftung noch weniger eignet als das Getreide.

Der Grundgedanke der Denkschrift ist aber der, daß die heimischen Ernten nach dem Rückgang, den die landwirtschaftliche Erzeugung im Krieg erfahren hat, bei weitem zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen, daß aber die Deckung des Fehlbetrages auch durch Einkauf aus dem Auslande wegen mangelnder Zahlungsmittel auf die Dauer nicht möglich sei, daß daher Abhilfe nur erwartet werden kann durch äußerste Steigerung der eigenen Erzeugung. Diese sei aber durchführbar, sobald der richtige Weg eingeschlagen werde. Daran ändert die Tatsache, daß in diesem Jahr die Witterung besonders günstig war und daß eine größere Ernte im Felde steht als in irgendeinem der Kriegsjahre, nicht das geringste. Die Tatsache bleibt leider bestehen, daß die zu erwartenden Ernten der nächsten Jahre im Durchschnitt zur Deckung des Bedarfs bei weitem nicht ausreichen, wenn nicht für eine wesentliche Vergrößerung dieser Ernten alles geschieht, was im Bereich des Möglichen liegt.

Das erste hierzu ist aber die gesteigerte Kunstdüngergutzufuhr. Dies ist der ausschlaggebende Gesichtspunkt. Die der Landwirtschaft ferner stehenden Kreise vermögen sich keinen Begriff davon zu machen, in welchem Maße die Ernten gesteigert werden könnten, wenn man dem Acker das Doppelte an Düngemittel und an Düngemittel zuführt, das ihm früher zugeführt wurde, und wenn man für die Zufuhr der absolut notwendigen Phosphorsäuremenge Sorge trägt.

Offenbar liegt der Grund, warum der Sinn der Denkschrift von dem Kritiker nicht verstanden wurde, in seiner Unkenntnis der Wirkung stärkerer Düngung. Würde diese Forderung erfüllt, dann wären die Schwierigkeiten schon in der nächsten Ernte behoben, dann würden die Ernten mit einem Male so viel größer werden, daß die Schweinehaltung und Schafzucht aus inländischem Getreide — nicht wie dort gefagt wird, mit Hilfe der Auslandsgerste — wieder zur Blüte kommen und die Fleisch- und Fettversorgung gesichert wäre.

Was die Ernährung so ungenügend macht, ist das Fehlen von Fleisch und Fett; darin stimmen aber alle Sachverständigen, vor allem auch die Reichsfleischstelle überein, daß eine hinreichende Fleischversorgung nur durch die Schweinehaltung erreicht werden kann und daß das durch die Rindvieh- und Schafhaltung allein, zumal bei dem heutigen Zustand unserer Viehstände gänzlich unmöglich ist. Will man aber die Schweinehaltung für die Erfüllung dieser Aufgabe aus der durch Kunstdünger gesteigerten Ernte 1920 fähig machen, so muß schon jetzt mit ihrem Wiederaufbau begonnen werden und darum muß für eine schnelle möglichst weitgehende Freigabe der Gerste und später vielleicht auch der Kartoffeln schon im gegenwärtigen Augenblick mit allem Nachdruck eingetreten werden.

Hierbei kommt aber der Kritiker der Denkschrift wieder mit dem Einwand, daß das Futter durch den Tierkörper bis zum dritten Teil für die menschliche Ernährung verwertet werde. Das ist richtig. Er vergißt aber ganz und gar, daß das den Schweinen gereichte Kraftfutter — in diesem Falle also die Gerste — bei den heutigen Preisen nicht allein zur Schweinemast verwendet wird, daß vielmehr die Schweine außer der Gerste eine sehr große Menge von Grünfütter und Abfällen aller Art zum Aufbau des Körpers verwenden, die andernfalls der menschlichen Ernährung überhaupt nicht nutzbar gemacht werden könnten. Vor dem Krieg mag das wohl in einzelnen Gegenden, wie z. B. in Hannover der Fall gewesen sein, für die heutigen Verhältnisse trifft das aber unter keinen Umständen mehr zu. Die Dinge liegen vielmehr so, daß die Gerste, die jetzt für die Schweinehaltung freigegeben wird, infolge der Ausnutzung des Viehfutters nach wenigen Monaten in Form von Speid und Fleisch weit mehr Nährstoffe der menschlichen Ernährung zuführt, als die Gerste an solchen enthalten hat.

Es muß also daran festgehalten werden, daß die Fleisch- und Fettversorgung und damit die Gesamter Ernährung nur dann wieder besser werden kann, wenn die Schweinehaltung, die schon im Frieden den Fleischbedarf zu 60 bis 65 Proz. gedeckt hat, wieder zu ihrem Recht kommt.

Angenehmer Zuwachs für Berlin.

Der Wiener „Neue Tag“ meldet, daß der kommunistische Parteicheim, der während der bolschewistischen Herrschaft in Ungarn als Vertreter der Sowjet-Regierung in Wien tätig war, von dort nach Berlin geflüchtet ist, um mit den Berliner Spartakisten Fühlung zu nehmen, um seine frühere Tätigkeit fortzusetzen. Das ist für Berlin ein recht erfreulicher Zuwachs.

Gewerkschaftsbewegung

Gescheiterte Verhandlungen mit den Berliner Metall-Industriellen!

Bekanntlich sind die Kollektivverträge für die in der Groß-Berliner Metallindustrie tätigen Arbeiter Ende Juni gelündigt worden. Beide Parteien ließen sich bei der Kündigung des Abkommens davon leiten, daß in den im Verlaufe der Verhandlungen großen Mängel enthalten seien, die durch Schaffung eines neuen Abkommens radikale Abstellung erfahren müßten. Auf Vorschlag der Arbeitgeber haben daraufhin nach der Kündigung unerbittliche Ausdrücke ausgesprochen, die die Vorarbeiten für die neue Verhandlungsbasis bilden sollten.

Zu den Forderungen der Arbeiter wurde verlangt ein Mindestlohn für gelernte Arbeiter von 3,50 M. pro Stunde, für ungelernete Arbeiter 3,00 M. und für ungelernete Arbeiter 2,50 M. pro Stunde. Gleiche weibliche Arbeiter sollen den Lohn der gelernten Männer erhalten und sonstige weibliche Arbeiter 75 Proz. des Männerlohnes. Jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren 1,25 bis 1,50 M. pro Stunde, von 16-18 Jahren 1,50 bis 2.- M. Für Lehrlinge im ersten Lebensjahre 20 M. Wochenlohn, im zweiten Lebensjahre 30 M., im dritten Lebensjahre 40 M. und wenn ein viertes Lebensjahr verlangt wird, soll der Wochenlohn 50.- M. betragen. Da nach mehrwöchigen Verhandlungen die Interessen der Arbeiter nicht ausreichten, um den gestellten Ansprüchen der Arbeiter auch nur einigermaßen zu genügen, wurde das Reichsarbeitsministerium angerufen.

In Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsministerium waren die Arbeitervertreter in den letzten beiden Wochen ersichtlich bemüht, die bestehenden Differenzen aus dem Wege zu räumen. Leider ist es in der letzten am gestrigen Tage stattgefundenen Verhandlung nicht geglückt, eine Einigung zustande zu bringen. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und die Vertreter der Arbeiter gaben sich die erteilte Rüge. Gescheitert sind aber schließlich diese Verhandlungen an der starren, ablehnenden Haltung der Arbeitgeber. Die Herren glauben anscheinend der Industrie am besten dadurch zu dienen, wenn sie an Stelle einer friedlichen Lösung versuchen, die Arbeiterkraft in einen Lohnkampf zu drängen. Soweit bisher ersichtlich, will sich das Reichsarbeitsministerium noch nicht mit der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber einverstanden erklären, sondern eine weitere Vermittlungsaktion durch Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts vor dem Reichsarbeitsamt herbeizuführen suchen.

Annahme des Schiedspruchs durch die Angestellten der Krankenkassen.

In der Mittwochnachmittag tagenden Versammlung aller in den Bezirken, Ost- und Innungsbezirken Beschäftigten beteiligte sich die Erwartung, daß der Schlichtungsausschuß den Angestellten weitestgehend entgegenkommen werde als die Kassenverbände, habe sich erfüllt. Besonders Widerstand hätten die Kassenverbände gegen die gleiche Bezahlung der weiblichen Angestellten geleistet. Bei den Verhandlungen habe Wendig als Vorkämpfer der Krankenkassen erklärt, keine Zugeständnisse zu machen. Der Schlichtungsausschuß habe dann folgenden Schiedspruch gefällt: Der Antrag auf Zahlung einer einmaligen Beihilfe wurde abgelehnt. An laufender monatlicher Zulage werden für die Angestellten, die ein Jahresgehalt von 4500 M. und darunter beziehen, 125 M. und für diejenigen, die über 4500 M. Jahresgehalt haben, 100 M. jedoch nicht das Gehalt und die Zulagenanfrage für die, die jetzt ein Jahresgehalt über 4500 M. beziehen, mindestens 6000 M. jährlich betragen. Die Zulagen müssen rückwärts ab 1. Januar 1919 gezahlt werden. Bei Kriegsteilnehmern muß die Militärdienstzeit als Dienstjahre angerechnet werden. Der Redner legte die Entscheidung in die Hände der Versammlung.

Ortes (Verbandsleitung) führte aus, daß heute die Kassenverbände in einer Versammlung über den Schiedspruch beraten. Wenig habe erklärt, daß die neuen Gehaltsätze nur bis zum 31. Dezember 1919 gezahlt werden könnten und daß dieselben dann wieder nachgeprüft werden müßten. — Die Branchenleitung empfahl, dem Schiedspruch zuzustimmen. Die Vertrauensleute haben ebenfalls den Schiedspruch angenommen. Sollten die Kassenverbände jedoch den Schiedspruch ablehnen, so müßten die schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel benutzt werden.

Nach einer kurzen Diskussion wird eine Resolution der Branchenleitung angenommen, die besagt, daß der Schiedspruch angenommen wird und daß die Gehälter bis 1. September ausbezahlt werden müssen. Sollte der Schiedspruch von den Kassenlosensvorständen nicht bis zum 1. September angenommen werden, so wird die Branchenleitung beantragt, sämtliche gewerkschaftlichen Kampfmittel anzuwenden, um die Kassenverbände zur Annahme des Schiedspruchs zu zwingen.

Zum Schluß der Versammlung kam es durch eine Mitteilung eines Mitgliedes der Branchenleitung noch zu einem stürmischen Auftritt. Derselbe macht Propaganda für den Verkauf der Marken des „Centralausschusses der Arbeiterräte“ und meinte damit den unabhängigen kommunistischen Vorkämpfer. Auf einen Protest eines

Mitgliedes der S. V. D. sagte Ortes, daß es die S. V. D. nicht nötig hätten, zu sammeln, da sie von der Regierung ausgehalten würden. Diese dreisten Verunglimpfungen lösten den berechtigten stürmischen Widerspruch eines großen Teiles der Versammlung aus.

Die Tarifnachvergütung der Berliner Banken.

Die Zentrale der Angestelltenräte der Berliner Großbanken trat am gestrigen Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, um über die Annahme der von den Bankleitungen angebotenen Tarifnachvergütung zu entscheiden. Die Angestelltenausschüsse kamen zu dem Ergebnis, daß das Angebot der Banken für die Angestellten nicht ohne Gefahr sei, daß man vielmehr die in dem Hamburger Schiedspruch festgelegten Sätze beanfrage und auf einer Zurückforderung der Tarifverabreichung vom 1. Oktober 1919 bestehen müsse. Die Angestelltenausschüsse sämtlicher Banken sollen deshalb mit den Direktionen hierüber in neue Verhandlungen treten.

Die Forderungen der Bankbeamten.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten veranfaßte am gestrigen Mittwochnachmittag eine sehr gut besuchte Bankbeamtenversammlung, in welcher der Verhandlungsleiter Watz über die Streiklage in Hamburg und die wirtschaftlichen Forderungen der Bankbeamten referierte. Nach ausgedehnter Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Versammlung nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Bankleitungen ihren Widerstand gegen die geforderten Wirtschaftsbekämpfungen endlich aufgegeben haben. Das Ausmaß der angebotenen, in zwei Raten auszahlbaren Wirtschaftsbekämpfungen von 750, 500 und 300 M. erscheint jedoch vollkommen unzulänglich, wenn man berücksichtigt, daß durch diese geringen Beträge die Angestellten auf die ihnen durch den Schiedspruch vom 20. April zugewilligte Tarifzahlung verzichtet leisten und statt ab 1. April 1919 erst am 1. Januar 1920 in den Genuss der durch einen Tarif eintretenden Einkommensverbesserungen gelangen sollen. Auch die Bestimmung, daß die Angestellten sich verpflichten müssen, bis zum 1. Januar 1920 mit keinerlei neuen Ansprüchen irgendwelcher Art an die Banken heranzutreten, ist angefaßt für 9 Monate berechneten Summen von 750 M. für Verheiratete, 500 M. für Ledige, 300 M. für Damen, für die Angestellten nicht akzeptabel. In der vollständig ungenügenden Berücksichtigung der weiblichen Angestellten, ist es noch die vollständige Nichtberücksichtigung der Lehrlinge, die schärfste Kritik verdient. In Ansehung dieser Momente fordert die Versammlung die Angestelltenausschüsse auf, neue Verhandlungen mit den Direktionen anzuknüpfen. Die Sätze des Hamburger Schiedspruches vom 30. Juli (1000 M. für Verheiratete mit Kindern, 800 M. für Verheiratete ohne Kinder, 600 M. für jugendliche Angestellte unter 20 Jahren und Lehrlinge) dürften mit der Maßgabe, daß diese Beträge sofort in einer Summe ausbezahlt werden müssen und daß daraufhin die Beamtenhaft auf die Tarifnachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1919 verzichtet leisten, eine angemessene Lösung darstellen. Die Angestelltenausschüsse sollen diese neuen Verhandlungen so zeitig einleiten, daß über das Resultat in spätestens Sonnabend dieser Woche abzuhaltenden Betriebsversammlungen Bericht erstattet werden kann. Mit Bewunderung folgt die Versammlung dem aufrichtigen und entschlossenen Kampf der Hamburger Kollegen, indem die Versammlung die Forderungen der Hamburger Kollegen sich zu eigen macht, gibt sie der Erwartung Ausdruck, daß das Unternehmertum im Bankgewerbe in Anerkennung der vorhandenen Notlage der Beamtenhaft die Sätze des Hamburger Schiedspruches bewilligen und so die einzige Möglichkeit für die Ruhe im Bankgewerbe schaffen wird.

Streik im Leipziger Buchhandel.

In Leipzig streikten die Buchhandels-Angestellten. Durch die eigenartige Stellung, die Leipzig im deutschen Buchhandel als Zwischenstelle und Vermittler einnimmt, wird davon der gesamte deutsche Buchhandel auf das tiefste berührt. Der bisher laufende Tarif sah für die Angestellten eine Bezahlung vor, die weit unter allen übrigen Angestelltengruppen und der Bezahlung der Arbeiter zurückstand. Es wurden, um ein Beispiel anzuführen, verheiratete Angestellte, wenn sie eine buchhändlerische Lehre durchgemacht hatten, mit M. 300.— entlohnt. Die übrigen Gehälter waren gehaftet zwischen M. 93,75 und M. 300. Als dieser Tarif gelündigt wurde, reichten der Angestelltenverband für den deutschen Buchhandel und der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Sektion Buchhandlungsgehilfen einen gemeinsamen Tarifentwurf ein. Die übrigen, dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Handelsverbände, soweit sie interessiert sind am Buchhandel, legten einen zweiten Entwurf vor. Beide Tarife hatten gemeinsam, daß sie nicht mehr, wie bisher, die Entlohnung nach Lebensjahren vorschrieben, sondern die Angestellten auch nach Tätigkeitsgruppen zusammenfaßten und entsprechend entlohnt wissen wollten. Der Arbeitgeberverband erklärte jedoch, nur dann zu verhandeln, wenn die beiden Gruppen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und dementsprechend gemeinsam verhandeln würden. Dem Verlangen der Arbeitgeber nachgebend, schlossen sich die interessierten Verbände zu einer Tarif-

Kommission zusammen, in der die beteiligten Organisationen nach der Zahl ihrer Mitglieder Sitz und Stimme haben. Inzwischen hatte der Arbeitgeberverband in seiner Sitzung vom 18. Juni folgenden Beschluß gefaßt: Die Zeitverhältnisse lassen keine Erhöhung der Löhne und Gehaltsätze als berechtigt erscheinen, sie fordern vielmehr gebieterisch den im Tarif in Aussicht genommenen Abbau derselben. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, unter diesen Gesichtspunkten zu den Forderungen der Angestellten Stellung zu nehmen.

Trotz dieser unsozialen und dilatorischen Entscheidung kamen die beiderseitigen Tarifkommissionen zu einer Sitzung am 7. August zusammen. Die Arbeitgeber machten Verhandlungen jedoch dadurch unmöglich, daß sie erklärten, nur den alten Tarif mit seinen jämmerlichen Gehaltsätzen bis zum 31. Januar 1920 verlängern zu wollen. Der Notlage der Angestellten, die sie selbst anerkannten, wollten sie dadurch Rechnung tragen, daß sie ihnen eine einmalige, ratenweise auf 6 Monate verteilte Beihilfe gewähren wollten. Ueber die Höhe dieser Beihilfe konnten die Angestelltenvertreter in dreitägigen Verhandlungen nichts erfahren. Die Verhandlungen verliefen aus diesen Gründen ergebnislos. Eine am 8. August stattgefundene Versammlung der Buchhandlungsgehilfen, die von ungefähr 3500 Personen besucht war, faßte daraufhin den Streikbeschuß, der am 9. August durchgeführt wurde.

Dem Rufe ihrer Organisationen folgten die Angestellten einmütig, so daß heute ungefähr 95 Proz. der Angestellten sich im Ausstand befinden. Die Großbetriebe ruhen vollständig. Unter der Arbeitgeberhafter scheint die Einsicht an Boden zu gewinnen, daß es besser ist, den Kampf abzugeben und zu verhandeln, mit den Angestelltenvertretern eine Einigung zu erzielen. Es ist deshalb zu hoffen, daß der Streik, der den Leipziger Buchhandel schwer schädigt und sein Bestehen unter Umständen gefährdet, bald beigelegt wird.

Angestellte des Chemikalien- und Drogen-Großhandels!

Die Streikposten bleiben, wie immer, so auch heute Donnerstag früh an ihren Plätzen.

Alle übrigen Angestellten versammelten sich Donnerstag früh 9 Uhr in den Sophienböden, Sophienstr. 10, zur Entgegennahme sehr wichtiger Mitteilungen, die von der Streikleitung bereits in der gestrigen Versammlung in Aussicht gestellt worden sind.

Streikleitung. Zentralverband der Handlungsgehilfen. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bachgrube II. Baugewerbe. Am Montag, den 18. d. M., findet nachmittags 5 Uhr 30 Min. im Restaurant „Weidenstein“, an der Potsdamer Brücke, eine Versammlung der Objekte sämtlicher Angestelltenausschüsse des Baugewerbes statt.

Parteinachrichten.

Jugendkonferenz Mittelfrankens.

Am Sonntag fand im Luitpoldhaus zu Nürnberg eine Konferenz der Jugendorganisationen Mittelfrankens statt. 16 Orte hatten 80 Vertreter entsandt. Aus den Berichten der einzelnen Orte konnte man entnehmen, daß überall der Aufstieg der Jugendbewegung eintritt. Besonders ist auch der Bericht von Nürnberg, der uns zeigt, daß die Zahl der Besucher der Veranstaltungen der Jugend im Jahre 1911 knapp 4000 betrug, während er trotz der Verheerungen, die der Krieg mit sich brachte, im Jahre 1918 auf 14 000 emporgeklungen ist.

Die Referate der Genossen Albrecht-Berlin über „den Aufbau der Jugendorganisation“, Dräger-Nürnberg über „Jugend und Bildung“ und der Genossin Landmann-Pfeiff über „Die Erziehung der weiblichen Jugend“ brachten eine Fülle von Richtlinien, wie die Jugendarbeit in der Stadt wie auf dem Lande betrieben werden soll.

Ein von Weidenburg i. G. gestellter Antrag, daß für die ländlichen Jugendorganisationen Führungen durch die Museen stattfinden sollen, wurde einstimmig angenommen, desgleichen ein von Dräger-Nürnberg begründeter Antrag, alljährlich einen Jugendtag abzuhalten. Als Sitz der Bezirksleitung wurde Nürnberg, als Bezirksleiter Genosse Reich-Nürnberg gewählt.

Bebel-Gedächtnisfeier heute 7/8 Uhr in Habels Brauerei, Bergmannstraße 57. In der Aula Juppelinschule, Oberer Straße, Eingang Lützlicher Straße (nicht Pharusstraße, Wälderstraße). Mitwirkung namhafter Künstler. Zur Deckung der Unkosten 25 Pf.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Verleger; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin. Verlag: Verlags-Druck G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Gesamtzahl 1 Blatt.

A. WERTHEIM G. m. b. H.

Leipziger Straße / Königstraße / Rosenthaler Straße / Moritzplatz

Verkauf am Wäschelager!
Damen-Waschblusen 25⁰⁰ 37⁵⁰
in verschiedenen Ausführungen
Untertailen in verschiedenen Ausführungen 975

Preiswerte Angebote in Herren-Kleidung

Herren-Anzüge in verschied. Farb., Serie I: 350⁰⁰ Serie II: 250⁰⁰ Serie III: 195⁰⁰
Jünglings-Anzüge dunkelgrau und blau, teils ein- und zweireihig .. durchweg 148⁰⁰
Herren-Beinkleider hübsche Streifenmuster, solide Stoffe 88⁰⁰ 48⁰⁰ 35⁰⁰
Herren-Gummimäntel reichhaltiges Lager 250⁰⁰ 225⁰⁰ 145⁰⁰
Phantasie-Westen in großen Sortimenten, in Seide und Waschstoffen

Herren-Trikotagen Herren-Socken

Herren-Netzjacken geknotete Baumwolle ... 6.50
Herren-Unterhosen Baumwolle, grau 12.00
Herren-Unterhosen Wolle, gemischt 28.00
Herren-Hemden Baumwolle, grau 14.00
Herren-Hemden macofarbige Baumwolle ... 28.00
Herren-Socken Baumwolle, schwarz 6.75
Herren-Socken Flor mit Seidenglanz, schwarz .. 7.25
Herren-Socken Flor mit Seidenglanz, farbig 8.25
Herren-Socken Kunstseide, schwarz 11.50
Herren-Schweißsocken dunkelgrau 4.75

Herren-Artikel

Oberhemden weiß, ohne Manschetten .. von 62.50 an
Oberhemden farbig, aus gutem Perkal .. von 45.00 an
Beinkleider weiß, kräftige Stoffe von 19.75 an
Schlafanzüge waschbar, in vielen Ausführungen
Weiche Sportkragen Pikee von 6.90 an
Manschetten von 8.50 an
Knaben-Schillerkragen modifarbig von 4.25 an
Selbstbinder neue Muster, große Form .. von 7.50 an
Selbstbinder Kunstseide, gestrickt. von 10.50 an
Herren-Filzhüte weich, verschiedene Farben, von 41.00 an
Reise- u. Sportmützen von 6.50 an
Gummihosenträger mit Lederreifen .. von 15.00 an
Spazierstöcke in großer Auswahl. von 6.25 an

Wenden von Herrenkleidung und Umarbeiten in kleinere Größen

Umfärben von Militär-Stoffen, -Anzügen, -Mänteln usw. und Umarbeiten in Bekleidungsgegenstände für Damen, Herren und Kinder

Nationalversammlung zu Weimar

78. Sitzung vom Mittwoch, 13. August 1919, 2 Uhr nachmittags.

Von Regierungsside: Erzberger, Dr. Well, Präsident Thrunbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. Die Beratung der Steuergesetze (Reichsnotopfer, Umsatzsteuer usw.) wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.):

Wir bedauern, daß die heutige Tagesordnung auch noch mit der Umsatzsteuer besetzt worden ist. Bevor die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes durch eine Steuer wie diese aufs äußerste angepannt wird, sollte man vor allem versuchen, aus der Erbschaftsteuer mehr herauszuholen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

erst die direkten Steuern angenommen

sein, bevor wir zur Warenumsatzsteuer, die wir für eine der ungünstigsten steuerlichen Erfindungen halten (Beifall bei den Soz.), Stellung nehmen. Bei allem Vertrauen zur Regierung ist es uns überaus peinlich, ihr einen weiteren Kredit von 6 Milliarden Mark zur vorübergehenden Verstärkung der Wehrmittel bewilligen zu lassen. Hoffentlich wird uns spätestens im Herbst eine endgültige Abrechnung vorgelegt, so daß wir endlich aus der Kreditwirtschaft wieder in eine geregelte Staatwirtschaft hineinkommen können.

Es muß ein Ende gemacht werden mit dem Bürokratismus, der heute noch eine Menge Papier unnützerweise beschleißt trotz der Papiernot. Eine

Annullierung der Kriegsanleihen

lehnen wir ab, nicht aus Rücksicht auf die großen Kriegsanleihegläubiger, sondern weil dadurch das ganze deutsche Wirtschaftswesen einfach zum Stillstand gebracht und die Kreditwürdigkeit des Reichs ruhmlos vernichtet werden würde. Im übrigen streuen wir nicht zurück vor konfiskatorischen Steuern. Die Progression in den oberen Stufen muß noch verschärft werden. Milliardäre darf es in Deutschland überhaupt nicht mehr geben. (Beifall bei den Soz.) Dagegen müßte auf die kleinen Rentner mehr Rücksicht genommen werden. An die Stelle der allgemeinen Wehrpflicht im Heere, die wir jetzt nicht mehr haben, muß

die allgemeine Wehrpflicht des Kapitals

treten (Beifall bei den Soz.), und an die Stelle der Wehrsteuer, die wir ja nun auch nicht mehr einführen können, müßte eine Besteuerung aller derjenigen treten, die sich während des Krieges haben vermehren lassen. (Zuruf rechts.) Es sind ja in der Hauptsache nicht Proletarier und keine Zeitungsschreiber, wie ich einer bin, die reklamiert worden sind, sondern große und einflussreiche Herren. Und deshalb meine ich, man sollte diese Sonderabgabe progressiv nach der Zahl der Räder, die einer reklamiert gewesen ist, aufsteigend, gegen diejenigen, die den Krieg als ein Staff- und der Völker heimgesucht haben, dieses Maß noch jetzt nach dem Krieg über sich ergehen lassen. (Beifall bei den Soz.) Allgemein ist der Wunsch nach dem Generalpardon. Wir danken dem Staatsauschuss, daß er sich dagegen ausgesprochen hat, die

Strafverurteilung verdient keine Schonung.

(Zustimmung bei den Soz.) Auch die Besteuerung der „losten Hand“ muß in die vorliegenden Gesetze hineingearbeitet werden. Die Reichsfinanzordnung bedeutet einen Rückschritt zum Einheitsstaat, unmittelbar nach der Verabschiedung der Reichsverfassung, ein Beweis, wie rasch wir vorwärts kommen. Eine einheitliche, zu höchsten Ertragsstufen führende und Vertrauen erweckende Steuerverwaltung wird uns für die Hebung unserer finanziellen Notlage besonders dienlich sein. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Harwig (Zent.): Der § 12 des Gesetzes erklärt die nach dem 31. Juli 1914 entgeltlich erworbenen Sammlungen aller Art für steuerbar, dazu machen wir darauf aufmerksam, daß es in Deutschland Kunstsammlungen von unendlichem Wert gibt, die während des Krieges entstanden sind, aber veräußert wurden. Bei den in § 12 festgelegten Steuerjahren scheint uns namentlich bei den unteren Reihen nicht genügend Rücksicht auf Linderreiche Familien genommen zu sein. (Beif. Zustimmung.) Dem § 29, der die dreißigjährige Abgangszeit enthält, steht man mit geteilten Gefühlen gegenüber. In dem § 27 über die Annahme der Kriegsanleihen verlangen wir, daß die Zeichner von Kriegsanleihen vom Reich nicht im Stich gelassen werden, da sie sich dem Vaterland in der Zeit der Not zur Verfügung gestellt haben. (Zustimmung.) In Geldsachen ist Promptheit das erste Erfordernis der

Ordnung; deshalb werden wir die Beratungen durch grundsätzliche Erörterungen weder in der Kommission noch im Plenum aufhalten. (Beif. Beifall im Zentrum.)

Abg. Dietrich (Dem.): Die bisher vorgeschlagenen Steuern werden immer noch einen Fehlbetrag von 11 Milliarden ergeben. Das Notopfer hat bei weitem die Bedeutung nicht, die ihm der Finanzminister beimißt, und das Vermögen des deutschen Volkes kann erschöpft werden; wenn bei der Erbschaftsteuer der gemeine Wert für den Ertragswert eingezogen wird, so muß es selbstverständlich auch bei der Einkommensteuer geschehen, d. h. sie bringt nicht die angelegte Einnahme.

Zur progressiven Einkommensteuer sind Ergänzungen zu schaffen, für die eine gewisse Kontrolle des Reiches vorsehen werden kann. Das deutsche Volk ist einheitslich in Sprache, Gesichte und hoffentlich auch nationaler Gesinnung, in Verlehr und Wissenschaft, aber das Temperament und die Bedürfnisse der einzelnen Länder sind verschieden, Zentralisierung unter allen Umständen bedeutet deshalb nicht Einheit, sondern Gefahr für die geradezu. (Sehr richtig!) Hinsichtlich ihres Antriebes an der Einkommensteuer dürfen die Gemeinden nicht vom Reiche abhängig gemacht werden, weil dadurch jede Verantwortlichkeit erlischt würde. Möge das deutsche Volk die Kraft und den Willen aufbringen, die schwere Last zu tragen, die das Vaterland lange Zeit von ihm fordern wird. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Kraut (Drais, Sp.): Es gilt jetzt ein wirkliches Reichssteuergebäude zu errichten. Wir wollen auch unsererseits durchaus zur Sonderung der deutschen Finanzen beitragen, aber es fragt sich doch, ob eine zu harte Blutentziehung, wie sie das Reichsnotopfer und zum Teil zu extragen ist.

Was die Reichsfinanzordnung betrifft, so sind wir mit ihrem Grundgedanken, eine Vereinfachung der Steuerorganisation und -erhebung herbeizuführen, selbstverständlich einverstanden.

Abg. Barm (L. Soz.): Man sucht die Lasten auf die indirekten Steuern, insbesondere auf die Verbrauchsteuern und damit auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen. Ob wir irgendeine Steuer bewilligen, müssen wir wissen, ob und welche neue Steuern noch geplant werden. Unter keinen Umständen werden wir für die Umsatzsteuer stimmen. Die bestehende Unordnung, deren Beseitigung wir wünschen, wird erst aufhören, wenn die Regierung von den Vertrauenskräften der wehrfähigen Bevölkerung ausgeht wird. Dazu bedeuten diese Steuerentwürfe nur einen kleinen Schritt. (Beif. Beifall bei den L. Soz.)

Abg. Feder-Hoffen (D. Sp.): Das in der Rede Erzbergers und in der Denkschrift beigezeichnete Zahlenmaterial über unsere Finanzlage ist immer noch nicht erschöpfend. Angehts dieser Lage dürfen wir unter Bewilligung sowohl direkter als auch indirekter Steuern nicht ängstlich sein. Es war das größte finanzpolitische Unglück des Krieges, daß man die dauernden Einnahmen entsprechend den riesig gestiegenen dauernden Ausgaben nicht erhöht hat.

Wegen die Steuerflucht werden die angedachten Maßnahmen notwendig sein. In den letzten Monaten ist die Moral tief gesunken, und unter der Steuerflucht ist ein förmliches Gewerbe entstanden, die Vermögen der Bevölkerung zu entziehen. Auf das Notopfer hat die Entente keinen Rechtsanspruch. Würde sie ihn doch haben, so wäre das eine Gewaltthat, wie sie deren sich allerdings schon mehrfach erlaubt hat. Auch die Minister sind verdinglich, aber dauernd auf Jahre ist die Rot Deutschlands, und in ihrer Abwehr müssen wir einmütig zusammenstehen. (Beif. Beifall.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ich ziehe aus der bisherigen Erörterung das erfreuliche Resultat, daß in der überwiegenden Mehrheit der Häuser ein höchst starker Wille vorhanden ist, an der Befragung der Reichsfinanzen mitzuwirken. Einen abweichenden Standpunkt haben nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke eingenommen. Mit dem Ausfertigen Abg. Barm kann eine Befragung der Reichsfinanzen nicht bewirkt werden. Wenn er das Reichsnotopfer als etwas Unbedeutendes beiseite schiebt, so setzt er sich damit in Widerspruch mit seinem Parteiprogramm. Er ist in einer Schrift über die Sanierung der Reichsfinanzen, höchstens 33 Proz. als Maximum der Vermögensabgabe hingestellt hat. Die Vorlage geht bis 65 Prozent und stellt damit also auch die

höchsten Phantasien eines Finanzpolitikers der Unabhängigen

in den Schatten. Die Stellung der äußersten Rechten ist mir dunkel geblieben. Werden die Herren für oder gegen das Reichsnotopfer stimmen? Jedenfalls habe ich nur Kritik und Ablehnung, aber keine positiven Vorschläge vernommen. Die definitiven

Sätze für die Reichseinkommensteuer können ja noch gar nicht aufgestellt werden, da haben die Mitglieder und Gemeinden vorgegeben. Mit den ihnen bis jetzt unterbreiteten Vorlagen kommt die Vermögensabgabe im allgemeinen zum Abschluß und kann auch von der Nationalversammlung unbestimmt um die Einzelheiten der Reichseinkommensteuer zum Abschluß gebracht werden.

Der Streit über direkte und indirekte Steuern

gehört der Vergangenheit an. Sie können dem Reich gar nicht genug direkte und indirekte Steuern bewilligen. Die Regierung ist entschlossen, das Gebiet der direkten Besteuerung bis zum

Größtmäßig der wirtschaftlichen Tragfähigkeit

auszubauen. Aber auch, wenn das geschieht, wird keine der ihnen vorgelegten und noch vorzulegenden indirekten Steuern überflüssig werden. Eine geordnete Staatwirtschaft wird vom 1. Oktober ab eintreten. Die zahllosen kostspieligen Abrechnungsstellen werden eingezogen und die Vereinfachung der Abrechnung durch ein besonderes Gesetz herbeigeführt werden. Die Abrechnung über die Ausgaben der A- und B-Klasse werden ihnen hoffentlich im Herbst abgeschlossen vorliegen. Es sind große Bestände von Heeresbedarf nämlich wegelaufen und verschunden (Gehterheit), allein in Koblenz hat die Bevölkerung sich tagelang mit Schuhen und Stiefeln aus den Magazinen versorgt, weil die Organisation zusammengebrochen war. Der bisherige Erlös aus Heeresgut beträgt gegen 4 Milliarden, auf eine weitere Milliarde ist vielleicht noch zu rechnen. Die Gegenüberstellung von 200 und 1700 Millionen als Kosten der Zivilverwaltung im Frieden und jetzt, wie sie Dr. Becker beliebt hat, ist durchaus fehlbar. Ein Rückschlag politischer Art darf aus dieser Gegenüberstellung nicht gezogen werden.

Die Befürchtung, daß durch die Reichseinkommensteuer

das eigene Leben der Gemeinden

unmöglich gemacht werde, ist unbegründet. Die Ausarbeitung des Gesetzes über die Landesbesteuerung erfolgt in fortgesetzter Rhythmnahme mit den Ländern und Gemeinden. Ihr Hauptziel ist, eine gleiche Behandlung in steuerlicher Beziehung für jeden Steuerpflichtigen herbeizuführen, ganz gleich, wo er wohnt, und die Steuern an der Quelle zu erheben, und zwar am besten bei jedem Lohn- und Gehaltsempfang. Nachdem von den Gegnern des Reichsnotopfers diese Frage in den Vordergrund des ganzen Kampfes gestellt worden ist, nachdem heute erst wieder gesagt worden ist, wir bräuchten der Entente die Erträge dieser Abgabe auf dem Präsentierteller entgegen, muß ich gegen eine solche Auffassung auf das entschiedenste protestieren. Damit arbeiten Sie (nach rechts) mit den Feinden in die Hände. (Beifall und Widerspruch.) Für die Regierung gibt es jedenfalls nur einen Standpunkt in dieser Frage: Nach dem Friedensvertrage kann und darf der Feind unter keinen Umständen auf irgendeine Stimmengruppe, also auch nicht auf das Reichsnotopfer, Verzicht tun. Der Abg. Kraut hat gemeint, wir dürften nicht eher an das Notopfer herangehen, als bis endgültig und unannehmbar feststehe, was wir an der Entente zu zahlen haben. Weh dem Herr Kraut nicht, daß mir die endgültige Höhe dieser Forderungen erst im Mai 1921 erfahren werden und weil er sich dahin mit der Herbeiführung einer finanziellen Befragung des Reiches worten?

Dann ist der Staatsbankrott unabwendbar.

(Sehr richtig! und Zustimmung.) Es kann auch gar keine Rede davon sein, daß das Reichsnotopfer direkt zu einer Besteuerung des Vermögens führe. Ein Beispiel für viele. Ein Steuerpflichtiger mit einem Vermögen von 500 000 M., der im Kriege einen Ruwachs von 100 Proz. gehabt hat, also ein ausgeprägter Kriegsgewinnler, würde nach der Kriegsabgabe und nach dem Reichsnotopfer noch ein Vermögen von 150 118 M. und wenn der Erbschaftsfall einträte, von 150 887 M. haben. (Zuruf rechts: Und ein Nichtkriegsgewinnler?) Ein Steuerpflichtiger mit einem Vermögen von 500 000 M., der keinen Pfennig Ruwachs gehabt hat, würde nach der Kriegsabgabe und nach dem Reichsnotopfer noch ein Vermögen von rund 422 000 M. und beim Eintritt des Erbschaftsfall von rund 403 000 M. haben. (Zuruf bei den Soz.: Ist noch viel zu viel!) Der beste Beweis, daß die Sätze nicht zu hoch sind, ist wohl die Tatsache, daß nach ihrem Bekanntwerden an der Berliner Börse sofort eine Haussebewegung eingeleitet hat. Im übrigen wird durch Uebertretung weitgehender Befugnisse an die Landesfinanzämter für eine

gesunde Dezentralisation

Sorge getragen werden. Der Übergang der Landesverwaltungen auf die Reichsverwaltung wird mit der größten Schonung der bestehenden Organisationen geschehen, die beabsichtigte Neuordnung

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Übersetzt von Max Hochdorf.

Ich ging die gepflasterte Dorfstraße hinunter. Die Blumenknospen in den Gärten und Gebühen streckten eine Menge lieblich winziger Händlein aus, die noch grün und ganz geschlossen waren. Und an den Apfelbäumen hingen rosafarbene Mäulchen. Überall kam der Frühling mit Hast herüber. Jetzt näherte ich mich dem rosafarbenen Hause. Das Gebäude stand einsam auf der Landstraße, und es lockte allen Sonnenschein zu sich hinab. Ich zauderte. Ich ging vorbei. Langsam und schwer wurden meine Schritte. Dann blieb ich wieder stehen. Dann feuerte ich doch auf die Tür zu. Fast gegen meinen Willen trat ich ein.

Zuerst nur Helligkeit! Eine rechteckige Sonneninsel verschwendete ihr Licht auf dem roten Ziegelpflaster der Küche. Töpfe, Schalen, alles strahlte im Lichte. Und sie war da! Sie stand neben dem Ausguss. Ihre Arme und ihr Rücken waren entblößt. Sie lag in einem schimmernden Eimer ein Silberwasserfäßlein hineinprudeln, während sie in dem rot-schimmernden Gefunkel des Bodengeblühes und in dem Gold des Kupfergeschirrs stand. Und auch eine grünlichglänzende Helligkeit huschte über ihre Haut. Sie sah mich, und sie lächelte mir zu.

Ich wußte, daß sie ja immer und zu jedermann lächelte. Aber wir waren allein. Ich wußte, daß eine wahnsinnige Begierde in mir aufbrodelte. In mir waltete eine Kraft, die stärker war als ich selber, und diese Kraft wollte ihrem Wilde Gewalt antun. Von Sekunde zu Sekunde wurde sie schöner. Ihr körperlich aufgewölbtes Kleid spendete den Augen ihre Gestalt. Ueber ihren glänzenden Schuhen zitterte und zuckte ihr Kopf. Ich betrachtete ihren Nacken und ihre Kehle und alles, was dort so geheimnisvoll begann. Ein starker Duft umwallte ihre Schultern. Das war wie die Wahrhaftigkeit ihres Körpers. Ich wurde auf sie zugetrieben, ich schob mich ihr entgegen, und ich konnte kein Wort hervorbringen.

Sie hatte den Kopf ein wenig geneigt. Unter dem dichten Flor ihrer Haare stießen die Augenbrauen zusammen. Narbe glitt in ihre Augen. Sie war an die kindliche Keckerei der gebildeten Männer gewöhnt. Aber dieses Gesicht war nicht für mich bestimmt! Ihr trockenes Gesicht trug mich, sie entschlüpfte und schleuderte mir die Tür vor der Nase zu.

Ich rief die Tür auf. Ich folgte ihr in eine Bodenkammer. Ich stammelte etwas. Ihre Gegenwart streifte mich wieder. Ich streckte die Hand nach ihr aus. Sie entziff sich. Sie entglitt mir auf immer. Aber sie wurde betreten von dem furchtbaren Entsetzen.

Dem das Mauerwerk und die Deckenbalken stürzten plötzlich ineinander, und ein Gedonner drönte auf, und ein schrecklicher Schall erschloß sich in der Decke, und alles wurde von schwarzem Feuer ausgefüllt. Und während mich ein vulkanisches Atemgeschleudere gegen die Wand schleuderte, während meine Augen brannten, während meine Ohren zerrißen und mein Hirn zerhämmert wurden, sah ich, wie die Frau gespenstlich von roten und schwarzen Wolken verhüllt wurde. Die Steine rings umher wurden losgerissen und zerbröckelt. Und die Frau geisterte auf, und sie wand sich in einem wehrlosen Gemisch von Kleidern und von Wäsche. Und etwas Ungeheures, etwas ganz Unverhälltes und aus den Eingeweiden Hervorquellendes, das zwei Beine von sich streckte, das schnellte mir ins Gesicht, und das schüttelte in meinen Mund einen Geismad des lebendigen Blutes. Ich mußte schreien und schlucken. Die Sturmflut noch diesem furchtbaren Auf, das lagerte noch auf mir, das Verlangen nach dieser nichtwürdigen Wankamerung spannte noch meine Hände, die ich noch der Schönheit dieser Frau ausgestreckt hatte. Ich wurde verschlungen von einem Wirbel aus Dampf und aus Rache und von dem entsetzlichen Geräusch, das majestätisch verdrönte. Und ich konnte endlich zwischen dem Mauerwerk entgleiten, das hin- und hergeschwankte, wie ich selber. Dann schmetterte das Haus in sich zusammen. Während ich mich über den rutschenden Boden rettete, streiften mich die Steintrümmer, die in Tollheit herniederstürzten, und es streifte mich das laulende Gebräde der zerbröckelnden Steine und deren hilfloses Herspringen, das in die wüsten Staubmassen hineinwirbelte. Und es war um mich wie ein meereswüldbewegtes Mägelgerausche.

Ein ganzes Gewitter von Geschossen sauste gerade auf diese Stelle nieder. Und etwas weiter konnten sich die Soldaten vor Staunen nicht fassen, denn dort war vor ihnen ein Haus mitten durchbrochen. Man konnte gar nicht herankommen, so schrecklich kauten die Geschosse, die überall einschlugen, und die Splitter durchstießen das Haus bei jedem Aufdröhnen. Die Soldaten standen im Schutz eines Mauerwerkes und sahen zu, wie diese zerfallenden Bauten unter einem Gewölke von Dampf, leuchtenden Blitzen und künstlichen Gewittergeräuschen aufblühten.

Einer meiner Kameraden, dessen Blick ganz gestört war, sagte mir: „Aber Du bist ja ganz von Blut bedeckt!“

Ich war noch wie vom Blitz erschlagen und hilflos vor Aufregung und blickte nur auf dieses Haus, auf dieses menschliche Haus, dessen Knochen und Wirbelsäule zerschmettert waren.

Von oben her war das Haus zerbrochen, und die ganze Vorderfront lag auf den Boden geschleudert. Man sah nur die Höhlungen der ausgebrannten Zimmer, wenn sekundenslang ein Blitzen aufsunfelte, und man sah nur die geometrische Linie der Kamme. Auf dem Skelett eines Bettes lag ein Kissen, einem bloßgelegten Gedärme gleich. In einem Stockwerk war ein Stück Fußboden geblieben, dessen dunkle Farbe aus dem Ganzen bleiern herausstach, und dort bemerkte man die Leiden zweier Offiziere. Sie waren durchschossen und lagen wie angeklammert um einen Tisch. Dort hatten sie eben gestürzt, als der Blitz einschlug. Es mußte ein feines Essen gewesen sein, denn man unterschied deutlich Teller und Gläser und eine Champagnerflasche.

„Das ist Leutnant Nordert und Leutnant Berriere,“ wurde gesagt.

Es war dieser Gespenstergast sah aufrecht gerückt da. Er lächelte in einem gespaltenen Riefer, der um das Doppelte verbreitert worden und in dem Haupte klappte. Mit einer festlichen Bewegung, mit der allerletzten Bewegung, hatte der Offizier den Arm erhoben, der derart stark blieb. Der andere stützte die Ellbogen auf das rote Tisch Tuch. Seine schönen blonden Haare waren noch wohlgeordnet, aber sein Ausdruck war scheinlich gespannt, sein Gesicht war bedeckt von einem Blutglanz und bedeckt von unförmigen Flecken. Die beiden jungen Männer schienen von einem Entsetzen eingehüllt und trotzdem Standbilder der Jugend und der Lebensfreude.

Einer rief: „Da ist ja noch ein Dritter!“

Der Dritte, den man zuerst nicht bemerkt hatte, hing in der Luft. Seine Arme baumelten, er war mit dem Boden an einen Balken genagelt, und dort hing er steil aufrecht an der Wand. Da er so an dem Wandpflug hing, umschwang ihn eine Plutache, und er war anzusehen wie ein Schatten, der sich unendlich in die Länge dehnte. Bei jedem neuen Schuß sprühten die Splitter um ihn herum und sie erschütterten ihn, als wenn dieser Tote noch von der blinden Macht der Vernichtung geliebt und angezogen werden sollte.

(Fort. folgt.)

Wird sich nicht in so kurzer Zeit schaffen; zu den Anregungen des Abg. Becker bemerkt ich, daß die Reichsfinanzverwaltung gerade den äußerst tüchtigsten Finanzbeamten der mittleren Staaten besondere Ausichten eröffnet, Einkünfte und Rückzugsposten werden die höheren Beamtenstellen nicht werden, auch ich bin der Überzeugung, daß die Hauptfrage nicht die Organisation, sondern der Mensch ist, der hinter ihr steht, und ich werde mich bemühen, in die Reichsfinanzverwaltung einen frischeren und freieren Zug zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Waltheim (Dem.): Wir sind gegen die Beteiligung der Arbeiter an der Steuerverwaltung, die Arbeiter müssen überhaupt endlich verschwinden. Die direkten Steuern müssen bis an die Grenze des Volkswirtschaftszulässigen in Anspruch genommen werden. Die hohe Umsatzsteuer wird hoffentlich in dieser Form bald wieder verschwinden können. Sie ist aber einfacher aufzubauen. Stets bleibt zu beachten, daß die Steuer nicht zu hoch wird, um den Verkehr zu töten. Mit dieser Umsatzsteuer wird auch eine Besteuerung der Infanterie kommen. Vernünftig gestaltet braucht sie unsere unabhängige Presse nicht zu verschlechtern.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Schluß gegen 6¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Interpellation Bachhorst de Reute, betreffend Gewährung weiterer Kredite für den Bau von kleinen Wohnungen, Fortsetzung der eben abgebrochenen Beratung, Gesekentwurf wegen der Post- und Telegraphen- und Fernspreckgebühren, kleinere Vorlagen.

Groß-Berlin

Zum Fortbildungsschülerstreik. Der Sieg der Vernunft.

Trotz aller Streikhege hat es die „Freie Jugend“ bisher nicht vermocht, die gesamte Jugend in den Streik zu treiben. Aus mehreren Schulen wird uns gemeldet, daß der größte Teil der Schüler den Unterricht besucht und nur wenige ihm fern bleiben. Der größte Teil der Forderungen ist ja bereits anerkannt. Die Wahl von Schülerräten ist genehmigt und ist diesen auch das letzte Urteil über die Prügel- und Disziplinarstrafen zugesprochen worden. Der Abendunterricht soll nach Möglichkeit beseitigt werden. Selbstverständlich läßt sich dies nicht im Moment durchführen, da es an Schulgebäuden mangelt. Ein Streik ist daher nicht am Platze. Wir fordern unsere Anhänger auf, die Schulen zu besuchen und gegen den Terror der „Freien Jugend“ anzulämpfen.

Die „Freie Jugend“ war von diesen Zuständen der Schuldeputation ebenfalls zunächst befriedigt, trotzdem forderte sie in ihren Versammlungen zum Streik auf. Die Streikmacher der „Freien“ läuft lediglich auf einen plumpen Mitgliederangriff hinaus. Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Eine späte Entdeckung.

Aus den Kreisen der unteren Postbeamten wird uns mit der Ueberschrift „Dem Tüchtigen freie Bahn bei der Postbehörde“ folgende Schilderung aus der Kriegszeit überliefert: Der frühere Kaiser Wilhelm II. hatte seine persönlichen Kabinetsdientträger, kurz „Postkuriere“ genannt. Das waren ausgesuchte Leute, meist Militärämter. Sie mußten nächsterne, sehr umsichtige Unterbeamte in gehobener Stellung sein. Diese hatten die Aufgabe, Briefe nicht nur für den Kaiser persönlich, sondern für das gesamte Gefolge zu überbringen und dabei auch Akten- und Reiseressourcen mitzuführen. Die Ladung war für einen einzelnen Kurier oft so groß, daß zwei Zwiwpänner nötig waren, sie zum Bahnhof zu schaffen. Auf dem Bahnhof mußte er sie verladen, entweder im Bahnpostwagen oder im Packwagen. Wurden die Sendungen im Bahnpostwagen untergebracht, was allerdings wegen Ueberfüllung mit Briefstücken selten möglich war, dann blieb für den Kurier als Aufenthaltsort oft nur das Klosett. Anders war es im Packwagen; dort machte er sich ein Lager aus alten Poststücken und konnte nun ruhen, wenn auch die verrostete oder eingetrocknete Tür bei grimziger Kälte offen stand und der hineingewechte Schnee ihn zudeckte. So ging die Reise nach Charlottenburg, Spa, Zemberg, West-Litauen, Ostende, Warschau, Riga, Italien, Sofia, Konstantinopel. Oft mußte die Ladung unterwegs ein- bis zweimal in fremden Lande umgeladen werden. Und dann die Fliegerangriffe! — Nachdem es endlich zum Waffenstillstand gekommen war, mußten die Kuriers mit Depeschen des Auswärtigen Amtes für die Waffenstillstandskommission nach Spa reisen. Als die Friedensverhandlungen in Versailles begannen, wurden wieder die alten Postkuriere durch die Friedenskommission telegraphisch verlangt. Sie hatten sich also gewiß bewährt. Jetzt aber wurde plötzlich — ein bißchen spät freilich — bei der Oberpostdirektion die Entdeckung gemacht, daß nach einer alten Verfügung nur mittlere Postbeamte nach dem Auslande zu fahren haben. Schleunigst wurde angeordnet, es seien dementsprechend nur mittlere Postbeamte als Kuriers zu verwenden. So geschah's denn auch. Die Herren brauchten nun nicht mehr im Packwagen oder im Klosett des Bahnpostwagens zu fahren, sondern stiegen in den Schlafwagen. Sie brauchten sich auch nicht mit Bergen von Gepäck herumzubalgen, sondern hatten nur einen kleinen Postbeutel und ein paar Rissen zu überbringen. Der Krieg ist aus, der Nobl hat seine Schuldigkeit getan — jetzt ist „dem Tüchtigen freie Bahn“ gegeben.

Die unverbesserliche „Freiheit“.

Die Arbeiter und Angestellten der Zentral-Werstatt der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft senden und durch ihren Vertrauensmann etwa folgende Zuschrift: Die Vorstellung der „Freiheit“ über den Verlauf von Kartoffeln durch die Omnibus-Gesellschaft an die Arbeiter und Angestellten ist eine böllige Verdrehung der Tatsachen. Zunächst handelte es sich nicht um mehrere Waggons Kartoffeln, sondern nur um einen einzigen, den die Gesellschaft zu Futterzwecken angekauft hatte. Die Arbeiter und Angestellten haben es mit Freuden begrüßt, daß jeder sich 20 Pfund Kartoffeln selber aussuchen konnte, haben gern 15 Pf. für das Pfund bezahlt und würden recht oft noch von einem solchen Angebot Gebrauch machen, denn die Kartoffeln waren sehr wohl genießbar und nicht, wie die „Freiheit“ schreibt, böllig verdorben. — Man sieht also wieder einmal, mit welcher Vorsicht berattigte Mitteilungen der „Freiheit“ aufzunehmen sind.

Zehn bis zwölf Monate — eine „kurze Zeit“?

Wahnsfertigung in kurzer Zeit“ verspricht eine große Schu h w a r e n f i r m a durch Zeitungsannonce. Bei derselben Firma bestellte ein Leser unseres Blattes im April ein Paar Schuhe, indem er den notwendigen Bezugsschein beibrachte. Auf der ihm übergebenen Ausweiskarte wurde ihm vorans angekündigt, daß er mit einer Wartezeit von 10—12 Monaten zu rechnen habe. Er erklärt sich das aus dem Ledermangel, wundert sich aber, warum für Wahnsfertigung anscheinend Leder genug vorhanden ist. Mit Recht weist er darauf hin, daß der Kinderbismittel, der keine Phantasiepreise für Wahnsfertigung zahlen kann, hart getroffen wird, wenn er auf das ihm zur Erwerbbarkeit besonders nötige Schuhwerk viele Monate warten muß. Die Firma wird doch nicht behaupten wollen, daß auch ihre Wahnsfertigung die „kurze Zeit“ von „nur“ 10—12 Monaten zu worten braucht?

Die Post will nicht mehr „sündig“ sein.

Die Postverwaltung klagt, daß die oft gerügte Nachlässigkeit in der Adressierung von Briefen usw. neuerdings wieder sehr zugenommen hat. Sehr oft bleibt die Postdrift unbeachtet, daß bei Postsendungen nach Berlin und anderen großen

Orten die Wohnung des Empfängers selbstverständlich mit Straße und Hausnummer bezeichnet und möglichst auch das Stadtviertel angegeben sein muß. Allein beim Briefpostamt in Berlin gehen werktäglich rund 8000 gewöhnliche Briefsendungen ein, bei denen die Wohnungsangabe entweder ganz fehlt oder unvollständig oder unrichtig angegeben ist. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und teuren Arbeitskräften es erfordert, solche Massen von schlecht adressierten Briefen den Empfängern zuzuführen, und daß Verzögerungen dabei unvermeidlich sind, obwohl beim Briefpostamt dauernd 22 Kräfte mit Nachhilfungen in Adressbüchern, Erläuterungen bei anderen Behörden und sonstigen zugehörigen Ermittlungen usw. zur Unterbringung dieser Sendungen beschäftigt sind. Wenn das nicht anders wird, würde die Postverwaltung — droht sie — „zu einschneidenden Maßnahmen greifen“ müssen. Das heißt wohl: sie würde nicht länger ihre „Sündigkeit“ mißbrauchen lassen, sondern Postsendungen mit mangelhafter Adressierung geschwinder als bisher für unbesiehlbar erklären und sie dementsprechend behandeln.

Ungleiche Urlaubsbefähigung?

Sonderbare Unterschiede macht bei der Gewährung von Urlaub die Krankenhausverwaltung der Stadt Berlin. In ihren Krankenhäusern erhalten nach einem Verlaufe des Magistralrats die Pflegerinnen, Präparatorinnen, Laborantinnen, die Maschinenmeister, die Köntingehilfen, Schwestern und Ober- und Oberwebern sowie die Pflegerinnen „bis zu sechs Wochen Urlaub“. Den übrigen Angestellten aber, sagt eine Verfügung des Vorsitzenden der Krankenhausdeputation, „kann ein längerer als vierwöchiger Urlaub nicht erteilt werden“. Zu den „übrigen Angestellten“ gehören, wie dieselbe Verfügung hervorhebt, Werkmeister, Magazinverwalter, Verwaltungsgehilfen, Laboratoriumsdienste, Oberwärtner, Köntingehilfen, Bademeister, Bademeisterinnen, Telephonisten, Desinfektoren, Oberköntingen, Wäscheverwalterinnen, erste Zeichnerinnen, Präparatorinnen, Laboranten usw. Warum diese Unterschiede? Ein Präparator z. B. verrichtet denselben Dienst wie eine Präparatorin, aber ihm werden zwei Wochen weniger Urlaub zubilligt als ihr. Ebenso „braucht“ wohl ein Oberwärtner zwei Wochen weniger Urlaub als Schwestern und Oberköntingen, obwohl die Last des Dienstes für ihn nicht geringer ist. Die Köntingehilfen sind sogar „untergeordnet“ des Köntingenoberwärters, aber auch sie hat Anspruch auf zwei Wochen mehr Urlaub als er. Das sind nur ein paar der auffälligsten Beispiele aus den oben mitgeteilten Listen der Beschäftigten und der Vierwöchigen. Man scheint bei den Angestellten trotz Gleichheit der Dienstleistung eine Ungleichheit der Urlaubsbefähigung voranzusetzen. Auch die in der Verfügung nicht erwähnten Wärtner wissen von solcher unterschiedlichen Behandlung ein Vieß zu sagen.

Für Kopfschmerzverletzte.

In vielen Fällen hat sich beobachtet lassen, daß die durch Kopfschmerz Verletzten noch lange Zeit nach der Lazarettenlassung unter den Folgen der Verwundung zu leiden haben. Die in der Berliner Schule für Kopfschmerzverletzte bisher gesammelten Erfahrungen haben bewiesen, daß die Schädigungen durch systematischen Einzelunterricht bedeutend gemildert, wenn nicht beseitigt werden können. Vor allem war mit dem Unterricht stets eine Hebung der Stimmung und Steigerung des Willens verbunden. Kopfschmerz, besonders auch die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt-Abteilung der Schule für Kopfschmerzverletzte der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin weiterbesteht. Sie wird von Vertretern aller Stände und aller militärischen Dienstgrade besucht. Der Unterricht ist durchaus Einzelunterricht, der sich der Vorbildung, dem Grad der Verwundung und dem Bedürfnis des Teilnehmers streng anpaßt. Die Teilnahme am Unterricht ist unentgeltlich, ebenso die ärztliche und berufliche Beratung, falls sie gewünscht werden sollte. Anmeldungen vormittags 10—12 und nachmittags 5—6 Uhr, Poststr. 88.

Soll bis zum Gichrich soll das Glas sein — so verlangt es der durstige Gast und so gebietet es auch jetzt das Landespolizeiamt, das sich den Schutz des Verbrauchers gegen Ueberverteilung und Verwässerung zur Aufgabe gemacht hat. Auf eine Anzeige gegen eine Schankwirtschaft in den Zelten, hat das Landespolizeiamt die verantwortlichen Personen darauf hingewiesen, daß der Schankwirt für die ordnungsmäßige Füllung der Gläser persönlich verantwortlich sei und er diese Verantwortung nicht durch das von ihm angebrachte Schild mit der bekannten Aufschrift: „Nicht genügend gefüllte Gläser sind zurückzugeben“ auf den Gast abwälzen könne. Das Landespolizeiamt will weiteres solches Einschleichen als Unzulässigkeit ansehen und gegebenenfalls hierauf die Schließung der Schankwirtschaft ausprechen.

Der erste Benzoltriebwagen für den Verkehr auf den Berliner Vorortstrecken, vornehmlich für die westlichen Vororte, wird am kommenden Montag in den Verkehr eingeführt. Es werden dadurch mehrere Fahrten mit Dampfzügen erspart, und so gewisse Erleichterungen für den Berliner Verkehr geschaffen.

Lehrkurse für Proletarier.

veranstaltet von der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft an der Handeltshochschule Berlin. Der Lehrkursus Englisch I für Anfänger, der bisher in der Gemeindefschule hinter der Garnisonkirche stattfand, wird ab 15. August in der 63. Gemeindefschule Gipsstraße weitergeführt. Neuer Kursus: Einführung in das Vant- und Vörsenwesen. Beginn 15. August, 8 Uhr, in der 63. Gemeindefschule Gipsstraße. Anmeldungen dabeist.

Eine Studienanstalt mit Oberrealschulkursen am Sophien-Deum, Weinmeisterstraße, soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, am 1. Oktober eröffnet werden. Mädchen, die 3. 2. und 1. Klasse eines Nceums aufgenommen haben, werden sofort in die entsprechende Klasse aufgenommen. Anmeldungen bei Direktor Dr. Wade.

Festnahme einer Falschmünzerbande.

Nachdem die neugegründete Reichsbank-Falschgeldabteilung in den letzten 14 Tagen elf gewerbmäßige Vertrieber von falschen Fünfzigmarktscheinen festgenommen und den Gerichtsbehörden zugeführt hatte, hat sie gestern durch Aufhebung der Falschmünzerbande Schwendy und Genossen ihren ersten großen Schlag gegen das Berliner Falschmünzertum geführt. Seit Juni d. J. wurden vorzugsweise in Berlin in Geschäften, auf Rennplätzen und Pferdewärkten massenhaft Falschscheine der Note vom 30. November 1918 mit der Seriennummer H 144 verbreitet. Hersteller und Vertrieber sind gestern verhaftet worden. Der Steinbruderer-Verleger Hermann Thies, der in drei Etagen im Hause Fiedlerberger Straße 54 mit etwa 25 Angestellten eine Druckerei betreibt, stellte die Scheine dort nachts mit Hilfe des Fuhrmanns Hans Neuburg, Fiedlerberger Str. 88, und des Kaufmanns Karl Schwendy, Bielestr. 10, her. Vertrieben wurden die Scheine hauptsächlich durch den Schlichter Franz Schiele, Anklamer Str. 52, eine in Berliner Falschmünzertreihen wohlbelannte Persönlichkeit und den Kaufmann und Silbenbesitzer Paul Gemeinhardt aus Lindow bei Berlin. Einen Teil der Scheine kaufte ein Hamburger Vantbesitzer von Thies. Welchen Umfang der Vertrieb angenommen hatte, geht daraus hervor, daß allein Gemeinhardt von den Falschmünzern, denen er für den Schein 80 Pf. bezahlte, für 80000 Pf. falsche Scheine kaufte. Thies kaufte sich von dem Erlös in Bergfeld eine Villa an und Schwendy und Neuburg betrieben mit dem Geld einen schwunghaften Pferdehandel, so daß sie bis zu dreizehn Pferden im Stall hatten. Einen Teil des falschen Geldes sind die Falschmünzer dadurch „los geworden“, daß Schwendy und Gemein-

hardt von zwei Russen eine Tasche mit Gold kauften, das sich nachher als Messing herausstellte. Die Goldverlänger mußten ihrerseits betrübt erkennen, daß man sie mit falschem Geld betrogen hatte. Vor ihrer Festnahme fanden Schiele und Schwendy bereits wieder im Begriffe, eine neue Fünfzigmarktscheine herzustellen. Gemeinhardt wurde in einem Ekanstall in der Reichswaldstraße Strohe in dem Augenblick ergriffen, als er mit einer zweiten Falschmünzerbande, der er sich neuerdings angeschlossen hatte, bei einer Beratung über die zu wählende Papierforte beisammen saß.

Nach dem Muster des Hauptmanns von Cöpenick.

Ein Berliner Schwindler, der als Kriminalbeamter und Vizemachtmeister auftritt, gibt kurzerzeit in verschiedenen Städten des Reiches Gastrollen. Zuletzt ist er, wie uns von dort gemeldet wird, in Leipzig und Dresden aufgetreten. Der Gauner ist im Besitze eines Ausweisches, der auf den Namen eines Bizevadmachmeisters Berner vom Reichswehr-Oberkommando Berlin ausgestellt und mit der Unterschrift des Reichswehrministers Roske und dem Stempel der Gardebataillon-Schützenabteilung versehen ist. Der gemeingefährliche Betrüger nimmt sich kurzerhand Regierungssoldaten von der Straße und führt mit deren Hilfe Verhaftungen in Hotels aus. Er läßt die Verhafteten zur nächsten Militärwache abführen, sich dort die Verfassungen ausbändigen und verschwindet dann mit dem Bemerkten, daß er noch weitere Verhaftungen in derselben Angelegenheit vornehmen müsse. Auf diese Weise ist es dem Gauner gelungen, große Geldbeträge und viele Verfassungen, ja selbst Kleidungsstücke zu erbeuten. Der Schwindler trägt feldgraue Soldatenuniform, ist 1,68 Meter groß und schlank und hat blonde Haare, einen blonden, kurzgeschneitten Schnurrbart und einen vom vielen Zigarettenrauchen gelben Rand an den Lippen. Er ist etwa 25 Jahre alt und tritt sehr sicher und bestimmt auf.

Ein dreier Lebenraub wird nachträglich aus der Potsdamer Straße gemeldet. In dem Juweliergeschäft von Winkberg in der Potsdamer Straße 20 erschien eine gutgekleidete Dame und verlangte, daß ihr Brillanten im Werte von 100 Mark und mehr zur Auswahl vorgelegt würden. Abnunglos legte die Verkäuferin der Kundin mehrere wertvolle Schmuckstücke vor, die sie sich genauer ansah, als ob sie ein bestimmtes Stück auswählen wolle. Plötzlich verlegte sie der Verkäuferin einen heftigen Schlag auf das linke Auge, riß 16 Ringe im Werte von über 10000 Mark an sich und lief mit der Beute zum Laden hinaus. Es gelang ihr auch, sich auf der Straße unter die Passanten zu mischen und so zu entkommen.

Vier Straßendiebstahl wurden gestern am Alexanderplatz festgenommen. Ein gewisser Fritz Richter aus der Löhner Str. 24, ein Dreher Gustav Petzsch aus der Mulackstr. 32, ein Schloßer Kurt Tärke und ein Schlächter Bruno Volkelt, die beide ohne Wohnung waren, trieben sich in dem Vorraum des Bahnhofes Alexanderplatz mit noch mehreren anderen jungen Burschen umher. Sie umringten auf der Straße Passanten, schlugen mit einem Knüttel auf sie ein, bis sie zusammenbrachen, und raubten ihnen Papiere und Brieftaschen. An der Ecke der Neuen Friedrichstraße entriß sie dem Bauunternehmer Ewald Meyer aus Neppinden bei Rauh-Velag die Handtasche, nachdem sie vorher verhaftet hatten, ihm die Uhr abzuschneiden. Bei dem Kampf mit den Räubern erlitt der Ueberfallene schwere Verletzungen. Es gelang schließlich der Sicherheitswache des Bahnhofes, die oben aufgeführten vier Burschen festzunehmen.

Ein Taschendieb, der mit zwei Spiegelfesseln an Straßenbahnhaltestellen und anderen Plätzen ein künstliches Gedränge verurichte, dabei dem auserlesenen Opfer vor die Brust oder gegen das Kinn stieß und ihm dabei zugleich in die Taschen griff, wurde am Steintiner Bahnhof festgenommen. Seine Spiegelfesseln sind entkommen.

Amnium in Treptow. Es kamen am Sonntag im Dammum: Thomas, Bauer, Saldom, Appelhand, Krabat, Lewanow, Stelbina und Witta. In den Fliegerrennen startete fast die gesamte Treptower Rennmannschaft.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Ab heute Zulasskartenausgabe für Kriegsgefangene. Ehekartenausgabe bei den Quälern der Angehörigen. Für 18. bis 24. August 7 Pf. Kartoffeln (34 c.) ab morgen.
Baukau. Auf Reichsbrotkarte 250 g. Ab Ertrag Fleisch- und Blutwursthonkerven. 200 g Fleischhonkerven 2,13 Pf., 200 g Blutwursthonkerven 1,40 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Berlin. Generalversammlung Mittwoch, den 20. August, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenbankes. Tagesordnung: Geschäftsbericht, Wahl. Referat über die dollische Lage. Referent Genosse Schlieke.

Charlottenburg. 7. Gruppe. Freitag, 7½ Uhr, Gruppenversammlung bei Schlegel, Ehrenstr. 1. Stabs. Genossin Jader: Die Tätigkeit unserer Genossen im Stadtparlament seit der Neuwahl.

Funktionäre des Siemens-Konzerns. (S. V. D.) Freitag, 15. August, 4 Uhr, findet im Lokal „Zur Schliese“ am Bahnhof Jungfernheide eine außerordentlich wichtige Konferenz statt. Jede Parteizeile muß unbedingt vertreten sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, die bei der Stadtgemeinde Berlin beschäftigt sind, erscheint in Massen in der Versammlung am Mittwoch, den 20. August, abends 6½ Uhr, in der Aula des Köntingischen Gymnasiums, Anklamerstr. — „Freier Wanderbund“, Berlin. Am 16. August Sommerabendfest in Sophienstadt. Abfahrt Reinholdendorfer-Polental 6.35 abends bis Klosterfelde. Stettiner Fernbahnhof 6.35, bis Bielefeld. — Arbeiter-Sportvereine. Sonnabend, 8 Uhr, Röh. Alexanderstraße 10. Donnerstag, 7½ Uhr, Sophienheim, Weinmeisterstr. 15. — Arbeiter-Wasserport-Verein, Kreis I. Sonntag, 17. August, findet im Stadion eine Uebung der Gruppenpringer statt. Treff. bis 7½ Uhr Portal Stadion. Fortschritt Kartenausgabe.

Berichtszeitung.

Wenn man mit Lebensmittelkarten ausklist.

Wegen gewerbmäßiger Fehleri hatte sich der Kellner Max D. vor dem Strafrichter zu verantworten. Bei D. waren Lebensmittelkarten in größerer Menge gefunden worden, die er sich beschafft hatte, um den Gästen gefällig sein zu können. Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, daß Lebensmittelkarten in solcher Menge nur aus Diebstählen berühren können und beantragte 1 Jahr 3 Monate Haus. Rechtsanwalt Dr. Karl Lohmenthal wies darauf hin, daß die Karten auch auf andere Weise in den Verkehr gekommen sein können, so daß also nur eine Uebertretung der Kartenverordnungen übrig bleibe. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe.

Zur Trennungreform. Die Trennungangelegenheit der Frau Fabritsdirektor W. über die wir berichtet haben, hat eine neue Wendung genommen. Frau W. war auf Veranlassung ihres Mannes und einer Kerstin an die geschlossene Trennungsanstalt Schweizerhof in Rehendorf überwiesen worden und hatte gegen die Kerze der Anstalt wegen Ablehnung ihrer Entlassung eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung erstattet. Sie ist jetzt ebe der Gerichtsbarkeit die Möglichkeit hatte, sie in der Anstalt zu unterrichten, ohne Angabe der Gründe entlassen worden.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Biellach keller und am Tage sehr warm, aber veränderlich bei mäßigen westlichen Winden. Im Binnenlande ziemlich zahlreich, im Küstengebiet mehrfach vereinzelte Gewitter.

